

# **Perspektiven der kommunalen Jugendpolitik und Jugendarbeit in Österreich**

**Literaturbericht und  
ExpertInneninterviews zu Freizeit,  
Mobilität und Partizipation**

Ingrid Putz / Evelyn Hacker

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	4
Einleitung und methodische Hinweise .....	5
1 Handlungsfelder kommunaler Jugendpolitik und Jugendarbeit.....	8
2 Die Stimmen der Jugendlichen .....	13
2.1 Freizeit .....	14
2.1.1 Öffentlicher Raum und Infrastruktur.....	14
2.1.2 Freizeitinteressen und -aktivitäten.....	15
2.1.3 Jugendzentren.....	17
2.2 Mobilität.....	18
2.3 Wahrnehmung von Politik und Partizipation .....	20
2.3.1 Wahrnehmung von Politik .....	20
2.3.2 Politische und kommunale Partizipation .....	22
3 Städtebarometer 2013: Schwerpunkt Jugendliche in Österreichs Kommunen.....	27
3.1 Einrichtungen für Jugendliche, konsumfreie Räume und weitere Treffpunkte .....	27
3.2 Einschätzung der Attraktivität ausgewählter Aspekte des Lebens in Österreichs Kommunen.....	29
3.3 Einschätzungen zur Partizipation von Jugendlichen in der kommunalen Politik .....	30
3.4 Einschätzung der Zu- und Abwanderung von Jugendlichen ....	33
4 Empfehlungen zur kommunalen Jugendpolitik und Jugendarbeit	34
4.1 Grundlegende Anforderungen an die Jugendpolitik .....	34
4.2 Überlegungen für die kommunale Jugendarbeit .....	37
4.2.1 Freizeit.....	38
4.2.2 Mobilität .....	41
4.3 Politik und Partizipation.....	43
4.4 Kommunikation mit Jugendlichen.....	47
4.5 Geschlechtsspezifische Herausforderungen.....	49
5 Ausgewählte Praxisbeispiele der Kinder- und Jugendarbeit.....	51
5.1 Freizeit .....	51
5.2 Mobilität.....	54
5.3 Politik und Partizipation.....	55
6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	58
7 Anhang .....	64
7.1 InterviewpartnerInnen .....	64
7.2 Literaturverzeichnis.....	65
7.3 Abbildungsverzeichnis.....	70
7.4 Ausgewählte Empfehlungen zu Grundsätzen von Jugendpolitik und Jugendarbeit, Handlungsleitfäden.....	71
7.5 Interviewleitfaden.....	76

## Daten zur Untersuchung

<b>Thema:</b>	Perspektiven kommunaler Jugendpolitik und Jugendarbeit in Österreich: Einschätzungen von Jugendlichen zu den Angeboten bei Freizeit, Mobilitätsverhalten und Partizipation; Einschätzungen von ExpertInnen zur kommunalen Jugendpolitik und Jugendarbeit und ihrer Umsetzung
<b>AuftraggeberIn:</b>	Österreichischer Städtebund
<b>Beauftragtes Institut:</b>	SORA Institute for Social Research and Consulting, Wien
<b>Wissenschaftliche Leitung:</b>	Mag. <sup>a</sup> Ingrid Putz
<b>AutorInnen:</b>	Mag. <sup>a</sup> Ingrid Putz, DI <sup>in</sup> Evelyn Hacker
<b>Erhebungsgebiet:</b>	Österreich
<b>Art der Erhebung:</b>	Literaturrecherche, qualitative Interviews mit ExpertInnen der Kinder- und Jugendpolitik sowie der Kinder- und Jugendarbeit

## Vorwort

Im Auftrag des Österreichischen Städtebundes untersuchte SORA die Lebensbedingungen von Jugendlichen in Österreich. Im Zentrum der Frage nach der Jugendpolitik und der Jugendarbeit standen die Meinungen der Jugendlichen zu Angeboten, die ihnen in ihren Heimatstädten bzw. Heimatgemeinden gemacht werden und zu den Möglichkeiten der Beteiligung in der kommunalen Politik.

Diese Aspekte wurden in einer Literaturstudie auf der Basis rezenter Erhebungen in Österreich aufgearbeitet.

Ergänzend zu dieser Einschätzung der Jugendlichen wurde ein Blick auf die Kinder- und Jugendpolitik bzw. Kinder- und Jugendarbeit geworfen: Wie stellt sich diese in den österreichischen Bundesländern und Kommunen dar? Was sind die Erfahrungen der Vergangenheit und die Wünsche und Absichten für die Zukunft?

Dazu wurde eine Reihe qualitativer Interviews mit ExpertInnen der österreichischen Kinder- und Jugendarbeit sowie Kinder- und Jugendpolitik durchgeführt: diese ExpertInnen sind BürgermeisterInnen, Verantwortliche in Magistratsabteilungen sowie VertreterInnen von Organisationen der Jugendpolitik und Jugendarbeit.

Die vielfältigen Befunde, die mit diesen Erhebungsschritten gewonnen werden konnten, werden im vorliegenden Bericht ergänzt durch die Darstellung ausgewählter Praxisbeispiele aus der bzw. Handlungsempfehlungen für die Jugendpolitik und Jugendarbeit.

Die von SORA aufgearbeitete Literatur, die Praxisbeispiele und die Handlungsempfehlungen sind allesamt öffentlich zugänglich. So ist dieser Bericht auch eine Quellensammlung für die an Vertiefung interessierten Leserinnen und Leser.

## Einleitung und methodische Hinweise

Für den vorliegenden Bericht zu den Jugendlichen in Österreich extrahierte SORA im Rahmen einer Sekundärdatenanalyse die Meinungen von Österreichs Jugendlichen zur Jugendpolitik und Jugendarbeit ihrer Wohngemeinden.

Die Basis dafür bilden rezente Jugendstudien aus Österreich: Umfragen, Fokusgruppen und qualitative Interviews mit Jugendlichen, die im Auftrag unterschiedlichster Organisationen durchgeführt wurden. Des Weiteren flossen Darstellungen zur praktischen Jugendarbeit, zu Projekten und Maßnahmen, aber auch Texte von ExpertInnen (JugendforscherInnen und JugendarbeiterInnen) ein.

Eckpunkte der Recherche waren ein räumlicher Fokus auf Städte und Gemeinden in Österreich sowie eine Alterseingrenzung auf 12- bis 18-Jährige. Diese Bedingungen wurden je nach „Ertrag“ bzw. bei zu geringem Outcome erweitert; vor allem die Alterseingrenzung erwies sich in der Recherche als kaum haltbar, da etwa die Kommunen in ihrem politischen Alltag – und infolge auch in ihren Jugendstudien – ganz unterschiedliche und oft sehr milde Grenzen ziehen.

Im Rahmen der Literaturrecherche konnten über 50 Quellen erhoben werden. Diese decken vor allem die letzten zehn Jahre ab, fokussieren auf der Situation von Jugendlichen in Österreich – teils auch von Kindern – und sind öffentlich zugänglich. Dem speziellen Interesse des Auftraggebers folgend wurde speziell auch der kommunalen Ebene nachgegangen. Für die Recherche wurde der weite Bereich der Bildungs- und Arbeitsmarktforschung nicht berücksichtigt, wiewohl diese Themen in zahlreichen Jugendstudien ihren Niederschlag finden. Im Zuge der Literaturanalyse wurden über 30 Texte ausgewählt und für den vorliegenden Bericht aufgearbeitet.

Für einen weiteren Blick auf die Situation der Jugendlichen in Österreich wurden qualitative Interviews mit ExpertInnen aus Politik und Verwaltung, aus Forschung, Bildung und Erziehung, Freizeit und Sozialarbeit durchgeführt; elf Interviews mit einer Dauer von jeweils rd. 45 Minuten fanden österreichweit, telefonisch oder persönlich statt.

In diesen Interviews wurden die Einschätzungen der ExpertInnen hinsichtlich der Wünsche und Erwartungen auf Seiten der Jugendlichen sowie auf Seiten der Städte bzw. Gemeinden, die Möglichkeiten der Jugendpolitik und die konkreten Erfahrungen in der Jugendpolitik bzw. -arbeit erhoben.

An dieser Stelle möchten wir uns bei diesen InterviewpartnerInnen herzlich bedanken: Für die Zeit, die sie uns zur Verfügung gestellt haben und für die interessanten Einblicke, die sie uns dank ihrer Expertise in das umfassende Themenfeld gegeben haben.

Jugendpolitik und Jugendarbeit sind im Idealfall eng verzahnt: Aktuelle Entwicklungen der Jugendkulturen oder der (pädagogischen) Forschung wirken auf die Jugendarbeit; Jugendliche beziehen ihrerseits dazu Stellung; diese Reaktionen werden von der Politik wahrgenommen, die ihrerseits darauf reagiert, indem sie Jugendpolitik gestaltet und Grundlagen der Jugendarbeit schafft. Für die Darstellung im Bericht wurde diese Interdependenz durchbrochen: Kapitel 1 gibt einen Überblick über die Handlungsfelder der Jugendpolitik und Jugendarbeit in Österreich sowie über die Arten, wie die Politik und die Forschung diese für sich operationalisiert haben.

Kapitel 2 versammelt die Befunde der verschiedenen Jugendstudien. Die wesentlichen Themenfelder der kommunalen Jugendpolitik – Freizeit, Mobilität und (politische) Beteiligung – sind auch die vorrangigen Themen wenn Jugendliche befragt werden. Die Zusammenführung der Ergebnisse der zahlreichen Erhebungen zeigt die Einschätzungen von Jugendlichen in Österreich hinsichtlich der Situation in ihren Heimatgemeinden.

Für die Interpretation der Ergebnisse der verschiedenen Erhebungen – und schlussendlich der vorliegenden Studie – ersuchen die Autorinnen folgende Problematik zu beachten: Die vielen Erhebungen messen auf verschiedene Arten unterschiedliche Inhalte. So ist je nach Interesse der AuftraggeberInnen, nach Untersuchungsmethode usw. der Inhalt und das Ergebnis der Studien ein anderes. Dies darf aber nicht als Widerspruch in den Befunden interpretiert werden. In der vorliegenden Studie sollte auch nicht der Versuch unternommen werden, die Situation oder die Lebensqualität von jungen Menschen in einzelnen Kommunen oder Bundesländern miteinander zu vergleichen. Vielmehr dient die Darstellung dazu, ein allgemeineres Bild zu zeichnen, in dem verschiedene Perspektiven zusammen laufen und die facettenreiche Lebensrealität von Jugendlichen in Österreichs Kommunen deutlich wird.

Kapitel 3 ist der Städtebarometer-Erhebung 2013 gewidmet: Im Sonderteil zur Umfrage 2013 wurden Fragen zur Situation der Jugendlichen in Österreichs Kommunen gestellt. Eine kurze Zusammenfassung dieser Ergebnisse ergänzt den vorliegenden Bericht.

In Kapitel 4 wird ein (kritischer) Blick auf die Umsetzung der kommunalen Jugendpolitik und Jugendarbeit geworfen: Hier sind die zahlreichen und umfassenden Empfehlungen und Anforderungen an die konkrete (kommunale)

Politik und Praxis aus der Literaturanalyse und den ExpertInneninterviews versammelt. Inhalte mit expliziter Quellenangabe stammen aus der Literaturanalyse, bei allen anderen Inhalten handelt es sich um Einschätzungen und Meinungen der interviewten ExpertInnen.

Entsprechend der Darstellungen in Kapitel 2 folgt die Gliederung dieses Kapitels den wesentlichen kommunalen Themenfeldern Freizeit, Mobilität und Partizipation. Ergänzende Unterkapitel betreffen die Kommunikation mit Jugendlichen und geschlechtsspezifische Herausforderungen.

In Kapitel 5 zeigt eine Reihe von Praxisbeispielen, wie Jugendarbeit in den Kommunen konkret umgesetzt wird.

Im abschließenden Kapitel 6 sind die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung und die Schlussfolgerungen aus allen Befunden gesammelt.

Der Anhang zum Bericht umfasst die Verzeichnisse der InterviewpartnerInnen, der Tabellen und Abbildungen im Bericht, ausgewählte Empfehlungen zu Grundsätzen von Jugendpolitik und Jugendarbeit sowie Handlungsleitfäden, die im Rahmen der Literaturanalyse gefunden wurden und den Interviewleitfäden.

## 1 Handlungsfelder kommunaler Jugendpolitik und Jugendarbeit

Zu Beginn des Berichts bietet Kapitel 1 auf Basis der Literaturrecherche zunächst einen Überblick über die Handlungsfelder der kommunalen Jugendpolitik (und in Folge der Jugendarbeit). Neben einer kurzen allgemeinen Einführung werden hier unterschiedliche Varianten der Operationalisierung dieses Politikfeldes vorgestellt, wie sie in der Forschung und in der Politik Anwendung finden.

Eine einheitliche Festlegung wie Jugendpolitik und Jugendarbeit in Österreich umgesetzt werden gibt es nicht. Zur Abgrenzung des Gegenstandes in dieser Arbeit wurde eine Definition von Heinz Schoibl herangezogen, die sich durch den expliziten Bezug auf die lokale Ebene und die wechselseitige Beziehung zwischen den beiden Bereichen auszeichnet:

„Kommunale Jugendarbeit meint das Gesamt an jugendspezifischen Leistungen auf örtlicher Ebene. Ihr Wirkungsbereich umfasst die Angebote und Leistungen der einzelnen Einrichtungen und Infrastrukturen unabhängig von Trägerschaften und einrichtungsspezifischen Besonderheiten. Kommunale Jugendpolitik schließt die administrativen Steuerungs- und Umsetzungsagenturen (Metaebene) und deren Angebote und Aktivitäten auf der operativen Ebene ein. Beide Ebenen jugendrelevanter Angebotsentwicklung und -umsetzung erfüllen Querschnittsaufgaben, in denen es wesentlich darum geht, die lebensweltlich relevanten Politikfelder und Angebotsbereiche Bildung, Kultur und Soziales, Arbeitsmarkt und Wirtschaft, Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr und Mobilität etc. miteinander in Beziehung zu setzen, um so eine möglichst ganzheitliche Förderung der Jugendlichen bei der Bewältigung ihrer lebensphasenspezifischen Entwicklungsaufgaben und damit verbundener Problemstellungen zu gewährleisten.“  
(Schoibl 2009a: 7)

So stehen also Jugendarbeit und Jugendpolitik in einer wechselseitigen Beziehung und bedingen einander. Heinz Schoibl (2009a) fordert von Jugendarbeit und Jugendpolitik gemeinsame Anstrengungen „Inhalte und Dynamik eines Jugenddiskurses zu gestalten“. Diese Inhalte und diese Dynamik müssen den lebensphasen- und zielgruppenspezifischen Bedarfslagen von Jugendlichen gerecht werden.

Neben diesen Bedarfslagen verändern sich auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die Schullandschaft, wie etwa die Entwicklung der Ganztagschule in Österreich verdeutlicht. Die Kinder- und Jugendarbeit muss auf aktuelle Anforderungen, wie eben die Einrichtung von schulischen Ganz-



tagsangeboten oder die Entwicklung von präventiven Konzepten reagieren, aber auch auf die sich immer wieder verändernden Jugendszenen und Bedürfnislagen von Kindern und Jugendlichen (vgl. z.B. Deinet 2011).

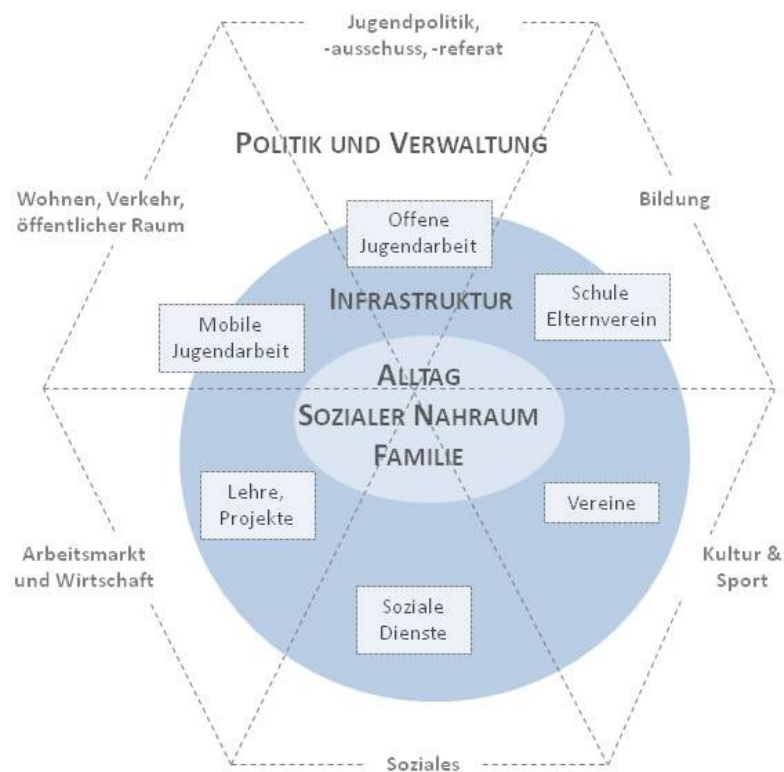
Das Gelingen dieser Beziehung von Jugendarbeit und Jugendpolitik ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass infrastrukturelle Rahmenbedingungen sowie ganzheitlich gestaltete, aktivierende Angebote entwickelt und gewährleistet werden, die Jugendliche – unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer ethnischen Herkunft usw. – fördern und unterstützen (vgl. u.a. Schoibl 2009a).

Wie in der Einleitung bereits angeklungen, schneidet die Jugendpolitik eine Vielzahl von Politikfeldern an; als Querschnittsmaterie sind die Handlungsfelder kommunaler Jugendarbeit weitläufig, was sich auch in der Vielfalt unterschiedlicher Gliederungsmöglichkeiten zeigt. Zur Illustration und zum besseren Verständnis der unterschiedlichen Handlungsansätze wird auf drei Beispiele nun kurz eingegangen.

Heinz Schoibl (2009a) fasst die Gesamtheit der kommunalen Jugendarbeit und Jugendpolitik in zwei Aktivitätsbereichen, die er als zentral für die kommunale Ebene nennt, zusammen: Das Freiraummanagement und politische Teilhabe. Unter Freiraummanagement werden einerseits geschützte Räume und Nischen für Jugendliche verstanden, andererseits die (gleichzeitige) Teilhabe am öffentlichen Raum. Der Aspekt der politischen Teilhabe umfasst Rahmenbedingungen für „subjektive Jugendpolitik und aktive Partizipation“, die über die Beschränkung auf einzelne Einrichtungen der offenen Jugendarbeit oder jugendspezifische Belange hinausgehen.

Eine schematische Darstellung der Politik- und Verwaltungsbereiche, die das Leben von Jugendlichen unmittelbar betreffen, der verschiedenen AkteurInnen, die im Sinne der Politik das Leben der Jugendlichen beeinflussen und jener lebensweltlichen Bereiche, die für die Jugendlichen relevant sind, zeigt nachfolgende Abbildung 1. Heinz Schoibl (2009a: 1) unterscheidet dabei folgende drei Ebenen:

- Alltagsebene (Familie und sozialer Nahraum wie Nachbarschaft, Hausgemeinschaft etc.)
- institutionelle Ebene und Freiraum-Management (Schulen und Vereine, offene Jugendarbeit etc.)
- kommunale Ebene (Politik, Stadtentwicklung, Infrastrukturentwicklung etc.)

**Abbildung 1: Jugendrelevante Politikfelder und Angebotsbereiche**

Quelle: Heinz Schoibl (2009a: 8), Darstellung: SORA

Dabei betont Heinz Schoibl, „dass die einzelnen Ebenen – von der Alltags-ebene bis hin zum politisch/administrativen Kontext – sowie die Segmente Bildung, Stadtentwicklungsplanung, öffentlicher Raum etc. im konkreten Leben nicht schematisch getrennt voneinander sind. Überschneidungen und Wechselwirkungen, Schnittstellen und wechselseitige Abhängigkeiten sind stattdessen die Regel.“ (Schoibl 2009a: 7-8).

Ein anderes Beispiel zur Operationalisierung von Jugendarbeit und Jugendpolitik findet sich in der Publikation „Strategische Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit 2020“ des Landes Steiermark: Hier werden die Handlungsfelder breit definiert und die einzelnen Felder durch die zugehörigen Entwicklungs-herausforderungen illustriert. Angesprochen ist dabei die gesamte Bevölkerung: einerseits die Jugendlichen selbst, andererseits Eltern bzw. Erziehungsberechtigte, AkteurInnen in Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft sowie EntscheidungsträgerInnen in Gemeinden, Regionen und auf Landesebene (Land Steiermark 2012: 9-14).

- Handlungsfeld Lebenswelten:

„Kinder und Jugendliche in der Steiermark finden Experimentierfelder und Gestaltungsräume vor, welche auf ihre Bedürfnisse abgestimmt sind und in denen sie sich frei entwickeln können. Sie werden als gleichberechtigte PartnerInnen von Erwachsenen in der Gestaltung dieser ‚Räume‘ anerkannt und haben die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Beteiligung.“
- Handlungsfeld Jugendinformation und -beratung:

„Alle steirischen Kinder und Jugendlichen haben ausreichenden Zugang zu Informationen, wissen über den Umgang mit diesen Informationen Bescheid und können Information beurteilen. Dadurch sind sie in der Lage, je nach Alter, selbstbestimmt und eigenverantwortlich Entscheidungen zu treffen, um ihre Zukunft entsprechend ihrer Interessen und Neigungen zu gestalten.“
- Handlungsfeld Jugendschutz und Prävention:

„Kinder und Jugendliche können selbstverantwortlich Risiken einschätzen und Gefahren erkennen. Sie sind sich über die Folgen ihrer Entscheidungen bewusst. Präventionsmaßnahmen im Handlungsfeld stärken Kinder und Jugendliche im selbstbestimmten Umgang mit Risiken und Gefahren.“
- Handlungsfeld Jugendkultur und kreative Ausdrucksformen:

„Kinder und Jugendliche sollen im Ausleben ihrer Alltagskulturen gestärkt und im Rahmen nonformaler Bildungsprozesse angeregt werden, ihren Interessen und Bedürfnissen in der Auseinandersetzung mit der Gesellschaft Ausdruck zu verleihen.“
- Handlungsfeld Gesellschaftspolitische Bildung und Partizipation:

„Durch die Angebote im Handlungsfeld ‚gesellschaftspolitische Bildung und Partizipation‘ erwerben junge Menschen ein ausgeprägtes Urteilsvermögen sowie die Kompetenzen zu selbstbestimmtem politischen Denken. Sie nehmen an politischen Prozessen eigenverantwortlich und aktiv teil.“
- Handlungsfeld Bildungs- und Berufsorientierung:

„Kinder und Jugendliche erkennen ihre Berufung und können daraus einen Beruf werden lassen. Sie werden dabei gemäß ihren Potenzialen und Stärken optimal gefördert sowie unterstützt und finden in der Steiermark ein qualitativ hochwertiges Angebot zur beruflichen Orientierung und Bildung vor.“

Ein drittes Beispiel für die Varianten der Operationalisierung der Jugendarbeit und Jugendpolitik bietet der Leitfaden für die Gemeindepolitik des Landes Tirol (vgl. Verein Generationen und Gesellschaft 2010). Dieser nähert sich den

relevanten Themenfeldern über die Differenzierung Zielgruppen und Diversität, Partizipation, Neue Medien und Prävention und schließt mit einem Kapitel zu einschlägigen rechtlichen Fragen.

Gemeinsam ist den verschiedenen Arten der Darstellung der Handlungsfelder und Ziele der Jugendarbeit und Jugendpolitik, dass sie deutlich machen, wie umfassend das Thema ist bzw. sein muss und wie sehr allgemeine Politikfelder betroffen sind.

## 2 Die Stimmen der Jugendlichen

Zur Darstellung der Ansprüche an (Kinder- und) Jugendpolitik in den österreichischen Kommunen aus der Sicht der Jugendlichen sowie die Zufriedenheit damit hat SORA die Ergebnisse von über 30 Studien zusammengefasst. Durch die sich zeitlich und räumlich unterscheidenden Erhebungen bzw. Befragungsinhalte der Studien entstehen unterschiedliche Ergebnisse, ohne, dass dies gleich ein Widerspruch wäre. Je nach den Bedingungen in der Gemeinde, der Region oder im Bundesland, in dem die befragten Jugendlichen leben, fallen die Befunde unterschiedlich aus. Aber auch das spezifische Angebot, nach dem gefragt oder das von Jugendlichen bewertet wurde, beeinflusst die Studienergebnisse: Themenfelder, die in den verschiedenen Erhebungen nicht berücksichtigt wurden, können in den Publikationen entsprechend keinen Niederschlag finden und so kommen verschiedene Studien zu verschiedenen Befunden, was denn nun beispielsweise das wichtigste Anliegen für „die Jugendlichen“ wäre.

Unmittelbare Vergleiche zwischen den Studien sind daher nicht sinnvoll. Dieses Kapitel soll vielmehr einen Überblick über die Bandbreite an verfügbaren Befunden und somit über die Sicht der Jugendlichen auf jene Themen geben, die für die kommunale Kinder- und Jugendpolitik relevant sind.

Im vorliegenden Kapitel wird nach einer kurzen, allgemeinen Beurteilung der Freizeitinfrastruktur nach Gemeindegröße aus der Niederösterreichischen Jugendstudie näher auf das Thema Freizeitangebote eingegangen, wobei die Aspekte Infrastruktur und öffentlicher Raum besondere Aufmerksamkeit erhalten. Nach der Auseinandersetzung mit dem Thema Mobilität wird die jugendliche Wahrnehmung von Politik und insbesondere politischer Partizipation diskutiert.

Diese Kapitelgliederung folgt im Wesentlichen den Inhalten der Jugendstudien selbst, in denen diese drei Themen als wichtigste Handlungsfelder auf der kommunalen Ebene identifiziert werden. Auf spezielle Schwerpunktsetzungen (wie beispielsweise Gesundheit oder Prävention im 4. Jugendbericht des BMWFJ) oder auch die Themenkomplexe Bildung/Schule und Beruf/Arbeitsmarkt, die als Politikfelder nicht Kernaufgabe der Kommunen sind, wird hier nicht eingegangen.

Da in diesem Kapitel die Sichtweise und Einschätzungen der Jugendlichen im Vordergrund stehen, werden Schlussfolgerungen oder Empfehlungen der jeweiligen AutorInnen an die Kommunen weitestgehend in Kapitel 0 dargestellt.

## **Differenzierung nach Gemeindegröße**

Wenige Studien gehen auf eine Differenzierung nach Gemeindegrößen oder Regionen ein. Eine der Erhebungen, in der dies möglich ist, ist die Niederösterreichische Jugendstudie des Instituts Brunmayr (2012a). Dabei zeigt sich, dass die Freizeitangebote innerhalb der Gemeinde in den größeren Kommunen ab 10.000 EinwohnerInnen etwas besser beurteilt werden als in den kleinen Gemeinden: In den großen Gemeinden und den Städten sagen rund 40% der Jugendlichen, dass für junge Leute in Bezug auf ihre Freizeit „fast gar nichts da ist“. Dieser Anteil liegt damit unter dem in den Kleingemeinden unter 2.000 EinwohnerInnen, in denen dies von rund 50% ausgedrückt wird (Institut Brunmayr 2012a). Die AutorInnen der Niederösterreichischen Jugendstudie relativieren diesen Befund allerdings und schätzen das faktische Angebot quantitativ besser ein; die kritische Bewertung der Jugendlichen führen sie darauf zurück, dass die Jugendlichen in den Gemeinden nicht aktiv angesprochen werden.

Die Differenzierung nach Gemeindegröße zeigt in Niederösterreich weiters, dass die kleineren Gemeinden hinsichtlich des Vereinslebens, vor allem aber in Bezug auf die Jugendfreundlichkeit der Gemeinde, positiver beurteilt werden, große Gemeinden punkten durch mehr Einkaufsmöglichkeiten, mehr Lokale und generell mehr Unterhaltungsmöglichkeiten (Institut Brunmayr 2012a).

## **2.1 Freizeit**

### **2.1.1 Öffentlicher Raum und Infrastruktur**

Die Orte, an denen Jugendliche ihre Freizeit verbringen können bzw. an denen ihnen Angebote zur Freizeitgestaltung gemacht werden, sind vielfältig. Jugendstudien richten ihr Augenmerk in diesem Zusammenhang besonders auf Einkaufsmöglichkeiten, Lokale, Sportanlagen, Jugendzentren sowie den öffentlichen Raum. Den Jugendzentren ist aufgrund ihres spezifischen Charakters ein eigenes Kapitel gewidmet (vgl. dazu Kapitel 2.1.3).

Kritische Stimmen und Wünsche nach Verbesserungen betreffen vor allem den öffentlichen Raum bzw. den öffentlichen Grünraum. So wünschen sich Jugendliche in Salzburg, Tirol und dem 6. Wiener Gemeindebezirk einen Ausbau von Grünflächen, insbesondere von Grünflächen, die man betreten kann (vgl. Egg 2012, Zandonella et al. 2010, Hartwig 2009). In der Wiener Erhebung sehen die Jugendlichen den Ausbau von Grünflächen auch als primäre Maßnahme zur Verbesserung ihrer Lebensqualität (vgl. Zandonella et al. 2010).

Hinsichtlich weiterer Freizeit- und vor allem Sportangebote zeigen die Erhebungen unterschiedliche Ergebnisse: So scheint in Niederösterreich das Angebot sehr groß zu sein und die Jugendlichen zufrieden zu stellen. Nur in geringem Ausmaß werden von den Jugendlichen Wünsche nach einem weiteren Ausbau geäußert, vor allem das traditionelle Angebot – etwa an Fußballplätzen – scheint ausreichend. Wünsche nach Sportangeboten betreffen eher noch Spezialdisziplinen und -angebote. Die StudienautorInnen führen das auf den starken Ausbau von jugendspezifischer Freizeitinfrastruktur in den letzten Jahrzehnten zurück. Entsprechend beurteilen auch die Jugendlichen das Angebot besser als noch Anfang der 1980er Jahre<sup>1</sup>.

Demgegenüber dokumentiert die Salzburger Erhebung sehr wohl Wünsche: Die Jugendlichen wollen vor allem mehr Sportangebote und Orte, wo man sich treffen kann, auch ohne Konsumzwang (vgl. Hartwig 2009). Ähnlich konstatieren Elisabeth Füssl et al. (2012), dass allgemeine Freiräume für die Jugendlichen ebenso fehlen, wie speziellere Freizeitangebote: Parks, Grünflächen mit Sportanlagen, Jugendzentren, Kinderspielplätze, Skateboardplätze, Streetsoccerplätze, kulturelle Angebote etc.

### **2.1.2 Freizeitinteressen und -aktivitäten**

Hinweise auf unterschiedliche Schwerpunkte in den Freizeitinteressen von Mädchen und Burschen geben Christiana Hartwig (2009) und Institut Brunmayr (2009). So nennen junge Frauen als ihre Interessen hauptsächlich Musik hören, Fernsehen, Internetsurfen sowie Shopping und Styling, junge Männer hingegen vor allem Faulenzen und Sport. FreundInnen zu treffen, bzw. diese Aktivitäten gemeinsam zu machen, ist beiden Gruppen gemein.

Das größere Sportinteresse könnte eine Erklärung für eine deutlich höhere Teilnahme von Burschen an Vereinen sein, wie dies etwa in Niederösterreich festgestellt wurde. Für die befragten jungen Männer in Niederösterreich sind sportliche Aktivitäten auch häufiger Anlass und Orte zum Treffen mit FreundInnen als bei den Mädchen; für Letztere sind das Kino und öffentliche Plätze wichtiger (vgl. Institut Brunmayr 2009).

Auch kulturelle Angebote, wie Kino, Tanzkurse, Tanzabende, Theatergruppen und Konzerte werden vor allem von Mädchen gewünscht. Das sportliche Interesse bei Mädchen manifestiert sich nach Hartwig (2009) am stärksten in Besuchen im Fitnesscenter oder bei Volleyball und Tennis.

---

<sup>1</sup> Die Niederösterreichische Landesregierung lässt seit den späten 1970er Jahren im Dreijahresrhythmus Jugendstudien durchführen und verfügt daher über diese Vergleichsmöglichkeiten.

Verschiedene Studien belegen die Tendenz in der Freizeitgestaltung weg vom Vereinsleben hin zu Einkaufszentren, Gastronomie und Veranstaltungsangeboten. Fertig konsumierbare Angebote gewinnen gegenüber dem Wunsch nach eigenständiger Gestaltung und Teilnahme an Bedeutung. „Der kommerzielle ‚Einkaufsparcour‘ der Innenstädte, vor allem aber der Einkaufszentren, ist offensichtlich dabei, als Treffmöglichkeit der Jugendlichen den Sportplatz oder den Jugendtreff oder ein sonstiges Vereinslokal an Bedeutung zu übertreffen.“ (Institut Brunmayr 2012a: 42). Die Jugendlichen „verfügen heute über wesentlich mehr privat nutzbares Geld. Damit rücken auch die kommerziellen Angebote viel mehr in greifbare Nähe.“ (Institut Brunmayr 2012a: 39)

Von der Angebotsseite erfährt diese Wahrnehmung eine Bestätigung in der Wiener Befragung im 6. Bezirk, wo die Jugendlichen mit den zahlreich vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten (neben den Lokalen und Gaststätten sowie dem kulturellen Angebot) am stärksten zufrieden sind, mit Sportmöglichkeiten und den Grünflächen hingegen am wenigsten (vgl. Zandonella et al. 2010).

Das kommerzielle Angebot wird hingegen zum Problem, wenn die nötigen finanziellen Mittel oder der Wille zum Konsum nicht vorhanden sind: In Tirol findet etwa die Hälfte der befragten Jugendlichen, dass manche Jugendangebote zu teuer sind, ein Großteil meint, dass es nicht genügend Einrichtungen gibt, in denen sich Jugendliche aufhalten können, ohne Geld auszugeben (vgl. Egg 2012).

Rettensteiner und Körndl (2012) konstatieren für die Steiermark, dass Lokale von den Jugendlichen am stärksten favorisiert werden, weiters werden Vereine – insbesondere Sportvereine – häufig besucht bzw. genutzt. Auch für die Salzburger Jugendlichen sind Vereinsmitgliedschaften ein wichtiger Bestandteil der Freizeitkultur, insbesondere Sportvereine erfreuen sich großer Beliebtheit – vor allem bei männlichen Schülern (vgl. Hartwig 2009).

Neben der Ausübung von Sport bzw. des Vereinszwecks hat der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedern einen hohen Wert für die Jugendlichen (vgl. Hartwig 2009). Das bedeutet aber nicht, dass der Vereinszweck unerheblich wäre: Fehlendes Interesse an der Arbeit und den Angeboten der Vereine ist der häufigste Grund für eine Ablehnung der Teilnahme am Vereinsleben (vgl. Rettensteiner, Körndl 2012).

Hinsichtlich der eigenen sportlichen Aktivitäten der Kinder und Jugendlichen zeigt die Wolkersdorfer Jugendstudie, dass das Interesse an den meisten Sportarten mit zunehmendem Alter sinkt und die Sportvereine ihre (jugendlichen) Mitglieder verlieren, je älter diese werden (vgl. Institut Brunmayr 2009).

Zum Kulturinteresse bzw. zur Nutzung kultureller Angebote zeigt sich eine Diskrepanz zwischen „traditioneller“ Kultur und Kulturangeboten bzw. -einrichtungen sowie jugendspezifischen Kulturformen. So erhebt Institut



Brunmayr (2009) in der Wolkersdorfer Studie ein – im Vergleich zu anderen Angeboten in der Region – geringes Interesse an den kulturellen Veranstaltungen in und um Wolkersdorf; auf die konkretere Nachfrage, welche Art kultureller Angebote interessieren nennen die Jugendlichen Kino und Konzerte. Heinz Schoibl (2003: 164) beschreibt in diesem Zusammenhang aus Erfahrungen der Jugendarbeit, dass Jugendliche sehr wohl kulturinteressiert sind und auch selbst kulturell aktiv werden – allerdings eben nicht indem sie Angebote „traditioneller“ Kultureinrichtungen wahrnehmen. Schoibl (2009) sieht die Gründe dafür einerseits darin, dass Jugendliche die Erfahrung machen, dass ihre spezifischen Kulturformen und -äußerungen von den traditionellen Institutionen kaum akzeptiert werden. Andererseits setzen viele Jugendliche „Kultur“ auch mit „Bildung“ und damit „Schule“ gleich; wenn nun die Freizeit ein Entkommen aus dem weitgehend verschulerten Alltag ist, sind kulturelle Angebote in diesem Verständnis entsprechend weniger attraktiv.

Bernhard Heinzlmaier (2011: 240) verweist ergänzend zu den regenerativen Inhalten der Freizeitaktivitäten auch auf das Potenzial von Freizeit zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung sowie zur Arbeit an der eigenen Identität. Auch dies ist ein relevanter „Inhalt“ von Freizeit.

### **2.1.3 Jugendzentren**

In allen Studien wird Jugendzentren (auch Jugendtreffs oder anders genannt) breiter Raum gegeben; die Nutzung durch und die Attraktivität des Angebots für die Jugendlichen stellen sich aber durchaus gering dar. So ergeben die Jugendstudien aus der Steiermark und Salzburg und die Wiener Erhebung für den 6. Bezirk, dass weniger als einem Fünftel Angebote dieser Art bekannt sind und entsprechend wenig genutzt werden – oder im Vergleich mit der Vergangenheit immer weniger genutzt werden (vgl. Hartwig 2009, Rettensteiner, Körndl 2012, Zandonella et al. 2010).

Die Ursachen dafür werden z.B. in den räumlichen Gegebenheiten gesehen, also dass es in der Heimatgemeinde gar kein Jugendzentrum gibt und das nächstgelegene zu weit entfernt ist. Jugendliche bevorzugen oft andere Aktivitäten als die angebotenen bzw. sie verabreden sich lieber mit FreundInnen an individuellen Treffpunkten. Andere Begründungen betreffen das soziale Umfeld im Jugendzentrum, das bei vielen auf Ablehnung stößt; dazu zählt auch das „Ingroup-Outgroup“-Phänomen, also dass eine bestimmte Gruppe durch lange Zugehörigkeit o.ä. eine Art von Dominanz im Jugendzentrum entwickelt, durch die sich andere Jugendliche eingeschränkt oder gar abgestoßen fühlen (vgl. Hartwig 2009).

Die wichtigsten Motive für den Besuch eines Jugendzentrums sind das Treffen von FreundInnen bzw. neue FreundInnen kennen zu lernen sowie miteinander

Musikhören. Jugendliche erwarten sich vom Besuch im Jugendzentrum in erster Linie Sozialkontakte und „Fun“ und erst in zweiter Linie aktive Freizeitgestaltung. Service- und Beratungsangebote sind nur für einen geringen Anteil unter den Jugendlichen relevant. Einen Beratungswunsch identifiziert Schoibl (2003) lediglich unter türkischstämmigen Jugendlichen und bei Mädchen (vgl. Hartwig 2009, Rettensteiner, Körndl 2012 und Schoibl 2003).

Institut Brunmayr (2009) zeigt für Niederösterreich außerdem auf, dass in den Jugendräumen bzw. Jugendtreffs Burschen offenbar stärker vertreten sind als Mädchen.

Schoibl (2003) sieht in Vorarlberg eine ganze Reihe konkreter Verbesserungsvorschläge und Wünsche der Jugendlichen für die Jugendzentren: Ein größeres Raumangebot (z.B. ein eigener Proberaum), bessere und häufigere Konzerte, mehr Veranstaltungen insgesamt, Kreativprogramm (z.B. Fotokurse), längere Öffnungszeiten, bessere Küche.

## **2.2 Mobilität**

Das Mobilitätsverhalten der Jugendlichen in Österreich ist stark geprägt von der Größe ihrer Wohngemeinde bzw. Stadt und ihrem eigenen Alter. So ist einerseits relevant, wie stark der öffentliche Verkehr für Wege zu Ausbildungsstätten und für weitere Wegezwecke ausgebaut ist, aber andererseits auch wie er in Zeiten von Schulferien, am Wochenende und nachts gestaltet ist. Andererseits verändern sich mit dem Alter die Lebensumstände und damit die Weglängen und -häufigkeiten.

Personen bis unter 20 Jahre unterscheiden sich in ihrem Nutzungsverhalten zum Teil deutlich, sie verwenden am häufigsten von allen Altersgruppen die öffentlichen Verkehrsmittel, während sie PKW (alleine und mitfahrend) eher unterdurchschnittlich nutzen. Der Anteil der 14- und 15-Jährigen, die für ihre Freizeitwege vorwiegend das Fahrrad nutzen, ist etwa doppelt so hoch als jener der 17- und 18-Jährigen (vgl. Füssl et al. 2012).

Die Jugendstudie in Kärnten ergab, dass etwas mehr als die Hälfte der jungen KärntnerInnen ihren Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreicht. Je kleiner die Heimatgemeinde der Befragten ist, desto weiter und mühevoller wird dieser Weg allerdings (vgl. Reichmann, Zandonella 2009). Auch in Niederösterreich werden die Wege zur Schule und zum Arbeitsplatz von Jugendlichen im Wesentlichen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt (vgl. Institut Brunmayr 2012b).

Im Freizeitverkehr nehmen der motorisierte Individualverkehr und die Leistungen der Eltern einen größeren Stellenwert ein: So greifen die Jugendlichen in hohem Ausmaß auf die Unterstützung durch ihre Eltern zurück, diese bringen sie in ihrem PKW zum Sport, zum Verein, zur Musikschule usw. und auch zu Treffen mit Freunden abends, zu Lokalbesuchen und dergleichen (vgl. Institut Brunmayr 2012b). Ergänzend dazu zeigt die Kärntner Jugendstudie, dass sich fast alle Jugendlichen ein eigenes Auto wünschen und überzeugt sind, dass dies ihre Lebensumstände verbessern würde (vgl. Reichmann, Zandonella 2009, für Deutschland auch Füssl et al. 2012). Den Jugendlichen sind auf der rationalen Ebene viele Vorteile der öffentlichen Verkehrsmittel bekannt. Im Zusammenhang mit Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und Erwachsenwerden spielt das Auto aber immer noch eine große Rolle: in ländlichen Gebieten stärker als in urbanen, aber auch in bildungsfernen Schichten, wo die Relevanz der individuellen Motorisierung höher ist (vgl. Füssl et al. 2012).

Hinsichtlich der Elternleistungen zeigt die Niederösterreichische Jugendstudie, dass es regional wenige Unterschiede gibt, lediglich im Waldviertel fällt die Unterstützung der Mobilität der Kinder durch die Eltern besonders hoch aus (vgl. Institut Brunmayr 2012b).

Insgesamt gilt, dass sich Jugendliche selten auf ein Verkehrsmittel beschränken, sie sind tendenziell multimodal unterwegs. Wesentlichstes Fortbewegungsmittel sind die öffentlichen Verkehrsmittel, gefolgt von PKW (Mit- und SelbstfahrerInnen), dem Fahrrad (das aber eher als Sportgerät verstanden wird, denn als Verkehrsmittel) sowie dem zu Fuß Gehen (vgl. Füssl et al. 2012).

Was die Kosten für den öffentlichen Verkehr betrifft sind die Jugendlichen kritisch; Füssl et al. (2012) vermuten dabei aber eine „überhöhte Wahrnehmung“, dass Tickets zu teuer seien.<sup>2</sup> Als potenziell problematisch sind Übergangsphasen zu sehen, in denen Jugendliche keine Ermäßigungen mehr erhalten, weil sie zum Beispiel keine Ausbildungsstätte mehr besuchen oder auch ein bestimmtes Alter erreicht haben. Wenn die Jugendlichen dann gerade kein Einkommen haben, weil sie zum Beispiel auf Arbeitssuche sind, empfinden sie Mobilität als kaum mehr leistbar (vgl. Füssl et al. 2012).

Die dargestellten Bedingungen von Mobilität und die Einschränkungen, die damit einhergehen – Lebensumstände und Wegezwecke, Qualität des öffentlichen Verkehrs und die Verfügbarkeit von individuellen (motorisierten) Verkehrsmitteln –, schlagen sich in den Bewertungen nieder: Mit dem Angebot

---

<sup>2</sup> Eine solche Wahrnehmung von zu hohen Kosten betrifft nach Ansicht von Füssl et al. (2012) aber auch andere Waren und Dienstleistungen; diese Einschätzung sei zur „Normalwahrnehmung“ bei Jugendlichen geworden.

an öffentlichen Verkehrsmitteln sind Jugendliche im Vergleich zu Sport- und anderen Freizeitmöglichkeiten deutlich weniger zufrieden (vgl. u.a. Reichmann, Zandonella 2009). Die Tiroler Jugendstudie von 2012 ergänzt diesen Befund: Das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel in der Nacht wird von den Tiroler Jugendlichen im Vergleich zum Angebot tagsüber als mangelhaft wahrgenommen (vgl. Egg 2012).

Straßenraum bzw. Verkehrsraum und die öffentlichen Verkehrsmittel sind – mit all ihren Mängeln – gleichzeitig auch öffentlicher Raum, in dem sich (auch) Jugendliche aufhalten. Eine jugendfreundliche Stadt sehen Jugendliche durch qualitätsvolle Fuß- und Radwege, Verkehrssicherheit (und soziale Sicherheit), gute Erreichbarkeiten und unverplante Orte charakterisiert. Mangelnde Infrastruktur kann als verunsichernder Faktor gesehen werden. Kinder und Jugendliche sind in öffentlichen Verkehrsmitteln den Wahrnehmungen und Beurteilungen durch andere Menschen – Erwachsene – ausgesetzt sind. Füssl et al. (2012) zeigen in ihrer Studie auf, dass es hier zu Diskriminierungserfahrungen der Jugendlichen kommt: Sie fühlen sich nicht ernst genommen und von Erwachsenen nicht mit ausreichendem Respekt behandelt. Zu diesen Herabsetzungen aufgrund des Alters kommen jene aufgrund der Herkunft oder kulturellen Identität hinzu. Jugendliche mit Migrationshintergrund berichten von „Vorurteilen, Diskriminierung, verbalen Angriffen, systematischer Stigmatisierung von Polizei und Ordnungspersonal sowie mangelnder Anerkennung und Integrationsbereitschaft von Seiten der Mehrheitsgesellschaft.“ (Füssl et al. 2012: 84).

## **2.3 Wahrnehmung von Politik und Partizipation**

### **2.3.1 Wahrnehmung von Politik**

Beate Großegger (2011b) identifiziert ein widersprüchliches Verhältnis der Jugendlichen zu Politik und Gesellschaft: Es besteht einerseits eine stabil hohe Demokratiezufriedenheit: die Jugendlichen sehen die Demokratie als beste Staatsform und sind dankbar, dass sie in dieser leben können. Auf der anderen Seite besteht große Skepsis gegenüber den politischen Institutionen, der „politischen Klasse“, und Partizipationsmöglichkeiten in bedeutenden Fragen werden als nicht ausreichend empfunden.

Großegger beschreibt vier Teilgruppen:

- Die kleine Minderheit der politisch Aktiven.
- Die politisch Informierten, die zwar politische Informationen medial verfolgen, aber selbst nicht aktiv werden und der Institutionenpolitik eher kritisch gegenüber stehen.

- Die Pseudo-Informierten, die eher oberflächlich informiert sind und besonders kurz vor Wahlen oder bei aufsehenerregenden Themen Interesse zeigen.
- Die Distanzierten, die selbstbewusst zu ihrer Politikverdrossenheit stehen (vgl. Großegger 2011b: 3).

Beate Großegger (2008) führt das hohe Desinteresse, nur 14% der Jugendlichen sagen, dass sie sich für Politik interessieren, u.a. auf das fehlende Verständnis, was Politik auch für den persönlichen Lebensalltag leistet, und das negative Image der Institutionenpolitik zurück; in der Skepsis gegenüber der Institutionenpolitik ist auch die größte Herausforderung im Bereich der Partizipationsförderung zu sehen.

Peter Egg (2012) berichtet hingegen aus der Tiroler Jugendstudie, dass rund die Hälfte der Jugendlichen an Politik interessiert ist. Helmut Retzl (2004) sieht in Oberösterreich auf der Basis des Wissens von Jugendlichen über ausgewählte Wahlergebnisse ein großes Interesse für Kommunalpolitik, zumindest kurz nach der Wahl: Nach den Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2003 konnten mehr als acht von zehn befragten Jugendlichen den Namen des neu gewählten Bürgermeisters in der Heimatgemeinde angeben, ähnlich viele konnten die stimmenstärkste Partei in der Heimatgemeinde richtig benennen. Im Vergleich zu diesem hohen Kenntnisstand fällt das Wissen über die Mehrheitsverhältnisse auf Landesebene geringer aus: nur etwas mehr als die Hälfte der Jugendlichen konnte die drei größten Parteien auf Landesebene, gereiht nach ihrer Stimmenstärke, angeben. Dabei zeigt sich auch, dass der Grad der Information mit der Gemeindegröße sinkt und dass wahlberechtigte Jugendliche besser informiert sind als nicht wahlberechtigte.

Zandonella et al. (2010) stellen in der Wiener Studie für den 6. Bezirk fest, dass die aktive Bezirkspolitik von zahlreichen Befragten kaum wahrgenommen wird. Dies spiegelt sich zum einen in einem besonders hohen Ausmaß an „weiß nicht“ Antworten wider, zum anderen auch im geringen Wissen um Partizipationsmöglichkeiten.

Kritik kommt von den Jugendlichen vor allem wegen des fehlenden Nutzens der Politik und des geringen Bezugs zu ihrer Lebenswelt, oft aber auch hinsichtlich des aktuellen Politikstils, der als bloße Inszenierung ohne inhaltliche Substanz empfunden wird (vgl. Großegger 2011b). Gleichzeitig lässt sich aber feststellen, dass die heutigen Jugendlichen bereits in einer „Inszenierungsgesellschaft“ sozialisiert sind und gerade diese Generation ohne entsprechende Inszenierung gar nicht mehr erreicht werden kann. Das führt zur folgenden paradoxen Situation:

„Einerseits wünschen sich Jugendliche mehr inhaltliche Substanz in der Politik, andererseits sind sie aber nicht (mehr) wirklich gewohnt, Politik in inhaltlich substanzvollen Kategorien zu denken. So präsentiert sich heute der breite junge Mainstream.“ (Großegger 2011b: 21)

Interesse an Politik ist immer noch stark in bildungsnahen Gruppen zu finden, entsprechend ist ein starkes bildungsspezifisches Gefälle zu beobachten.

Exemplarisch dazu ist der Befund der Kärntner Jugendstudie, der zeigt, dass das politische Bewusstsein der jungen KärntnerInnen stark von der Bildung der Eltern und der eigenen Bildung beeinflusst wird. So sind das grundsätzliche Interesse an Politik, die Häufigkeit, mit der Gespräche über politische Themen geführt werden sowie die konkrete Partizipationsbereitschaft bei den Befragten aus bildungsnahen Elternhäusern und mit eigener höherer Bildung deutlich stärker ausgeprägt. Auch die Einstellungen gegenüber Demokratie, Politik und PolitikerInnen sowie gesellschaftspolitische Einstellungen sind davon stark geprägt (vgl. Reichmann, Zandonella 2009).

Insgesamt passiert die Beschäftigung mit Politik tendenziell in kleinen Dosen, in der Regel maximal fünf bis zehn Minuten täglich. „Den Jugendlichen geht es dabei vor allem um eine grobe Orientierung, nicht um intensive kritische Auseinandersetzung, wie sie gemeinhin mit dem Idealbild aktiver BürgerInnenschaft assoziiert wird.“ (Großegger 2011b: 8)

### **2.3.2 Politische und kommunale Partizipation**

Für den aktuellen öffentlichen Diskurs um politische Partizipation von Jugendlichen sieht Beate Großegger (2008) eine stark normative und den Lebensrealitäten der Jugendlichen nicht gerecht werdende Prägung: Es werde nicht beachtet, dass Jugendliche der (Institutionen-)Politik großteils distanziert und desinteressiert gegenüberstehen und für Beteiligungsangebote mit großem Bezug zu ihren Alltagswelten viel offener wären. In der Jugendforschung spricht man in diesem Zusammenhang von einer „Ent-Ideologisierung“ der Jugend und einem „Trend zu individualisiertem Engagement“ (Großegger 2008: 13).

Insgesamt stellt Großegger fest: „Allen Initiativen der politischen Bildung und Beteiligungsförderung zum Trotz: dem Ideal des mündigen aktiven Bürgers bzw. der mündigen aktiven Bürgerin entsprechen wenige.“ (Großegger 2011b: 3). Besonders Jugendliche, die sich selbst eher auf der VerliererInnenseite der Gesellschaft sehen, distanzieren sich offen vom politischen System, während in mittleren und oberen Schichten der Gesellschaft ein leichter Anstieg des Politikinteresses zu beobachten ist. Der „Political Divide“ bei den Jugendlichen scheint sich also zu verschärfen (vgl. Großegger 2011b).

Trotz der Politikverdrossenheit nehmen Jugendliche großteils an Wahlen teil und geben dann auch eine gültige Stimme ab. Neben Mitbestimmung ist die StaatsbürgerInnenpflicht dabei das größte Wahlmotiv. Beate Großegger sieht daher den jungen politischen Zeitgeist als wenig widerständig, sondern eher angepasst: „Kritik wird nicht in politische Forderungen oder gar Protest umgemünzt, sondern vielmehr in einem wenig lustvollen, passiven Mitmachen neutralisiert.“ (Großegger 2011b: 6)

Peter Egg (2012) berichtet für Tirol, dass für Partizipation, die über die Stimmabgabe bei Wahlen hinausgeht, nur wenig Bereitschaft vorhanden ist: Mehr als die Hälfte der Jugendlichen sind an einem weiteren Engagement nicht einmal interessiert; für ein Anliegen auf die Straße zu gehen, ist eher nicht vorstellbar. Lediglich rund ein Drittel der Jugendlichen konnte sich in der Erhebung zumindest vorstellen, sich in Zukunft persönlich stärker einzubringen. Dass umgekehrt die Wohngemeinde viel für die Jugend tut, kann etwa die Hälfte bestätigen; ein Großteil der Jugendlichen verneint aber, dass sie in ihren Heimatgemeinden in Entscheidungen eingebunden werden.

Zu diesem Befund einer geringen potenziellen Beteiligung kommt auch die Befragung der Jugendlichen im 6. Wiener Gemeindebezirk (vgl. Zandonella et al. 2010) sowie die Jugendstudie in Niederösterreich. Letztere ergänzt, dass sich tendenziell die Gemeinden offenbar stärker um ihre Burschen bemühen und etwas weniger um ihre Mädchen. Der Unterschied ist zwar nicht groß, wird aber in der gleichen Tendenz in weiteren Themenfeldern sichtbar, wie z.B. im politischen Interesse, in der Einstellung zum Land, in der kommunalen Engagementbereitschaft etc. (vgl. Institut Brunmayr 2012a).

Am ehesten engagieren sich die Jugendlichen für eigene jugendspezifische Anliegen, etwa Freizeitgestaltung oder die Interessen Jugendlicher. Am wenigsten ist man bereit, sich für soziale und politische Veränderungen zu engagieren (vgl. Großegger 2011b). Auch die Niederösterreichische Jugendstudie 2009 belegt eine zumindest potenzielle Bereitschaft, etwa an der Organisation eines Festes oder einer Sportveranstaltung mitzuwirken. Das Institut Brunmayr (2009) identifiziert dabei einen geschlechtsspezifischen Unterschied insofern, als Mädchen eher die Bereitschaft zeigten, bei der Organisation eines Festes mitzuwirken, Burschen eher bei der Organisation einer Sportveranstaltung. Diese Differenz setzt sich fort bei der freiwilligen Mitarbeit an sozialen Projekten, die sechs von zehn Mädchen interessiert, jedoch nur jeden vierten Burschen (vgl. Institut Brunmayr 2009). In der nachfolgenden Erhebung 2012 in Niederösterreich konnte unter den Jugendlichen erneut erhoben werden, dass die Mehrheit ein Interesse hat, in der eigenen Gemeinde, in der Nachbarschaft oder in einem Verein usw. mitzuwirken (vgl. Institut Brunmayr 2012a). Der Geschlechtervergleich zeigt dabei,

dass die Burschen geringfügig stärker an der kommunalen Teilnahme interessiert sind. Besonders jene Jugendlichen, die derzeit bereits in einem Verein tätig sind, geben in einem höheren Ausmaß an, auch in Zukunft an der aktiven Mitarbeit im Gemeinwesen interessiert zu sein. Außerdem lässt sich ein Zusammenhang zwischen den momentanen Erfahrungen der Jugendlichen mit der Jugendarbeit der Gemeinden und der Bereitschaft zur kommunalen Teilhabe feststellen: Jugendliche, die angeben, dass sich ihre Gemeinde um die Einbindung von Jugendlichen bemüht, führen häufiger an, sich später im Gemeinwesen engagieren zu wollen.

Die oberösterreichische Studie belegt, dass die Partizipationsbereitschaft in kleineren Gemeinden größer ist als in größeren Gemeinden: Jugendliche in kleinen und mittelgroßen Gemeinden können sich eher vorstellen, selbst aktiv zu werden. Das Interesse an einer aktiven Mitarbeit ist bei Jugendlichen, die angeben, gut über die Aufgaben des Gemeinderats informiert zu sein, deutlich größer. Jugendliche, die nichts über die Aufgaben des Gemeinderats wissen, zeigen sowohl ein deutlich geringeres Interesse am kommunalpolitischen Geschehen als auch eine geringere Bereitschaft zur Mitarbeit (vgl. Retzl 2004).

Christiana Hartwig (2009) stellt in ihren Salzburger Erhebungen fest, dass die Partizipationsrate bei Schulprojekten am höchsten ist: Vier von zehn Jugendlichen (SchülerInnen) beteiligen sich hier. Die zweithöchsten Beteiligungsraten können Internetabstimmungen verzeichnen; hier zeigt sich allerdings ein Bildungsbias: Jugendliche in Schulen, die mit Matura abschließen, nutzen dies viel stärker. Rund jeder/jede Vierte hat sich bereits an einer Kinder- und Jugendbefragung beteiligt, fast ebenso viele waren bereits in eine Spiel- und Sportplatzplanung involviert. Weniger genutzt wurden Diskussionsangebote (Jugenddiskussionen, Kinder- und Jugendforum) oder die Jugendhomepages in den Gemeinden. Die geringsten Beteiligungsraten weisen Angebote wie Kinder- oder Jugendgemeinderat auf. Dies kann u.a. am fehlenden Angebot, einer mangelnden Kommunikation darüber oder tatsächlich geringem Interesse liegen.

Informationsmangel, aber auch die begrenzte Zeit – aufgrund von schulischen Verpflichtungen und Plänen für die Freizeit – schmälern die Bereitschaft für zusätzliches Engagement (vgl. Hartwig 2009). Engagementintensive und verbindliche Partizipationsformen, wie z.B. die Mitarbeit in Parteien, politischen Gruppen oder Bürgerinitiativen, kommen für die Mehrheit nicht in Frage (vgl. Großegger 2011b). Kurzfristige Projekte, die eine Einbindung von Anfang bis Ende erlauben und in denen die Kommunikation über das Projekt auch nicht abbricht, sind für Jugendliche hingegen attraktiv. Ein Beispiel sind Projekte zur Spiel- und Sportplatzplanung, die bereits einen relativ hohen Beteiligungsgrad erreichen. Interessant ist, dass Burschen sich stärker bei in-



stitutionalisierten politischen Beteiligungsformen, wie Bezirksjugendgesprächen, aber auch bei Spiel- und Sportplatzplanung engagieren, während Mädchen eher bei Schulprojekten und Internetabstimmungen beteiligt sind (vgl. Hartwig 2009).

Das Interesse an konkreten Projekten bestätigen auch Füssl et al. (2012), die auf der Basis einer deutschen Untersuchung belegen, dass eine ernsthafte Einbindung die Identifikation der Jugendlichen mit Projekten – in diesem Falle Projekten zu Mobilitätsangeboten – erhöht; gleichzeitig konnte ein Imagegewinn bei den jeweiligen Mobilitätsdienstleistern festgestellt werden. Die StudienautorInnen betonen aber wiederholt die Wichtigkeit einer hohen Qualität der Einbindung und formulieren Standards dafür (vgl. Füssl et al. 2012, zur Bedeutung von Standards in der Beteiligung u.a. auch Pilz, Holzer 2009).

Es wird also deutlich, dass Engagement bei Jugendlichen vorrangig in Bereichen stattfindet, wo unmittelbare Betroffenheit herrscht und der Nutzen für sie selbst wahrnehmbar ist. Beate Großegger (2008) verweist auf die Ergebnisse einer Erhebung die zeigt, dass rechtliche Themen, Bildung und Berufschancen für Jugendliche interessanter sind als etwa Parteipolitik, die EU oder Schulreform und Jugendpolitik.

„Dass die hier letztgenannten Bereiche mit den von den Jugendlichen am vergleichsweise interessantesten eingestuften Themen (aus Sicht der politischen Bildung) natürlich in irgendeiner Verbindung stehen, scheint den Jugendlichen nicht bewusst zu sein. Die Schulreform kann so etwa nicht isoliert von den Ausbildungsmöglichkeiten und Berufschancen der heute Jungen begriffen werden. Die Jugendlichen selbst sehen diese Verknüpfung allerdings offensichtlich nicht.“ (Großegger 2008: 19)

Christiana Hartwig (2009) verweist auf die Kombination von mangelndem Wissen über Inhalte der Gemeindepolitik und der Wahrnehmung, dass Anliegen von Jugendlichen in der Gemeinde eher unzureichend bedacht werden: Nur etwa die Hälfte der Jugendlichen fühlt sich gut oder eher gut über die Gemeindepolitik informiert und der Großteil der Befragten hat nicht das Gefühl, dass Probleme und Wünsche von Jugendlichen in der Gemeinde ernst genommen werden. Hier ist also ein Informations- und Kommunikationsbedarf festzustellen. Dies gilt auch für die Arbeit der Jugendbeauftragten, über die die Jugendlichen oft nichts wissen.

Politische Partizipation über Social Media bzw. politische Online-Aktivitäten sind für die Mehrheit der Jugendlichen wenig attraktiv, auch wenn diese Medien den jugendkulturellen Kommunikationsstilen und Nutzungsgewohnheiten besser entsprechen sollten als traditionelle Strukturen. Beate Großegger (2011b) sieht hier wiederum die Abhängigkeit vom Bildungsniveau: Wenn überhaupt, so werden auch über diese Medien am ehesten junge Bildungseli-

ten erreicht, das Phänomen des „Digital Divide“ verfestigt sich. Die breite Mehrheit will sich weder online noch offline organisieren und nutzt das Netz als weitgehend politikfreien Raum. Auch der Erfolg von Social Media als Medium der Kommunikation zwischen PolitikerInnen und Jugendlichen ist gering: Von Seiten der Jugendlichen werden Facebook-Auftritte oft als Anbiederung an junge WählerInnen wahrgenommen und die Dialoge als nicht durch die PolitikerInnen selbst geführt sondern durch andere Personen.

Wird Protest z.B. auf Facebook gelebt, dann sieht Großegger eine andere Qualität der Beteiligungs- und Protestkultur als beispielsweise in den Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre. Der Protest auf politischen Facebook-Seiten – Großegger nennt als Beispiel das Profil „Kann dieser seelenlose Ziegelstein mehr Freunde haben als HC Strache“ – zielt mehr auf das Aufmerksam-Machen und Miteinander-Teilen von Unmut ab, als auf die Umsetzung von Alternativen oder die Mobilisierung von Kräften (Großegger 2011b: 14). Passend dazu lässt sich feststellen, dass der für politische Handlungszusammenhänge typische Verhandlungs- und Diskurscharakter in der Onlinewelt zugunsten einer politischen Selbstartikulation an Bedeutung verliert: Die eigene politische Positionen in Szene zu setzen ist wichtiger als für ein Anliegen zu mobilisieren (Großegger 2011b).

Diendorfer (2008) sieht auf kommunaler Ebene das größte Potenzial zur Einbindung der Jugendlichen: Hier ist der so wichtige Bezug zur Lebenswelt besonders hoch. Partizipation auf der kommunalen Ebene kann somit einen wichtigen Beitrag für die Stärkung der generellen politischen Partizipation Jugendlicher leisten. Die Kärntner Jugendstudie weist für die Gemeinderäte – im Vergleich zu übergeordneten politischen Institutionen – das größte Vertrauen unter den jungen KärntnerInnen aus. „Das Vertrauen in politische Institutionen stellt zum einen eine wichtige Grundlage für die politische Partizipation dar. Zum anderen ist es auch jene Basis, die der Akzeptanz von politischen Entscheidungen zugrunde liegt.“ (Reichmann, Zandonella 2009)

### **3 Städtebarometer 2013: Schwerpunkt Jugendliche in Österreichs Kommunen**

In zeitlicher Nähe zur Sekundärdatenanalyse hat SORA im Auftrag des Österreichischen Städtebunds die Einstellungen der EinwohnerInnen österreichischer Städte im Rahmen der Studie „Städtebarometer“ erhoben. Im Mai 2013 wurden telefonisch 1.058 Personen befragt, die mindestens 16 Jahre alt sind und in österreichischen Städten und Gemeinden<sup>3</sup> leben.

In einem eigenen Fragenteil wurde erhoben, wie die BewohnerInnen der österreichischen Kommunen die Angebote für die Jugend in ihren Wohnorten einschätzen. In der Erhebung zum Österreichischen Städtebarometer werden nicht nur Jugendliche befragt, sondern alle BewohnerInnen von Mitgliedsgemeinden des Österreichischen Städtebunds. D.h. die Ergebnisse geben die Einschätzung der allgemeinen Bevölkerung wieder – also auch die Sicht von Erwachsenen über die Lebenswelt von Jugendlichen.

Für vorliegenden Bericht wurden die Ergebnisse des Schwerpunktes der Städtebarometer-Erhebung für Befragte zwischen 16 und 29 Jahren (n=229) herausgegriffen. Sofern deutliche Unterschiede zu den Befunden der Befragten ab 30 Jahren vorliegen, ist dies im Bericht angeführt. Für weitere Ergebnisse verweisen wir auf den vollständigen Bericht zum Städtebarometer 2013. Dieser kann über die Homepage des Österreichischen Städtebundes bezogen werden:

<http://www.staedtebund.gv.at/services/publikationen/studien-im-auftrag-des-oesterreichischen-staedtebundes/studien-im-auftrag-des-oesterreichischen-staedtebundes-details/artikel/staedtebarometer-2013.html>

#### **3.1 Einrichtungen für Jugendliche, konsumfreie Räume und weitere Treffpunkte**

In einer offenen Frage wurde die Bevölkerung von Österreichs Kommunen gebeten zu sagen, was es in ihrer Heimatgemeinde ganz speziell für Jugendliche gibt.<sup>4</sup> Die häufigsten Nennungen bei den unter 30-Jährigen entfallen dabei auf Jugendzentren und Jugendtreffs (35%, vgl. Tabelle 1). Sehr weit verbreitet sind auch Lokale und dergleichen sowie Sportangebote.

---

<sup>3</sup> Mitglieder des Österreichischen Städtebunds, zum Zeitpunkt der Befragung in Summe 245 Kommunen

<sup>4</sup> Für die Auswertung wurden diese Antworten kategorisiert.

**Tabelle 1: Spezielle Jugendangebote in den Kommunen**

	absolut	in Prozent der Fälle
Jugendzentren, Jugendtreffs	80	35
Lokale, Clubs	65	28
Sport, Sportplätze	63	28
allg. Freizeitangebote (auch öff. zugänglich wie bspw. Parks)	57	25
Kultur	31	14

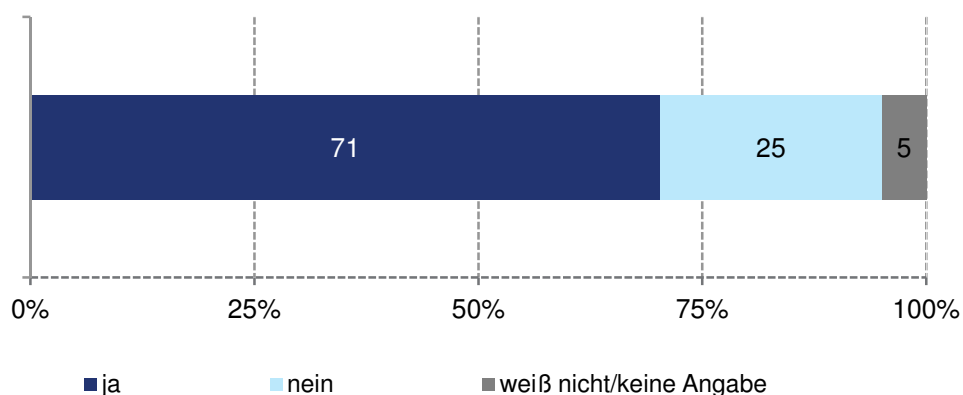
Quelle: SORA, Angaben in Prozent der Fälle, Mehrfachnennungen möglich; kategorisierte Antworten, n=229

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss beachtet werden, dass die Befragten häufig auch unspezifische Freizeiteinrichtungen nennen, einige führen Parks oder öffentliche Plätze an, die wohl selten ein spezielles Angebot für Jugendliche darstellen. Diese Vermutung trifft wahrscheinlich auch auf die genannten Sportangebote und vor allem die Lokale zu.

Der Vergleich mit den Befragten ab 30 Jahren (n=829) zeigt, dass diese etwas mehr Angebote als die unter 30-Jährigen wahrnehmen.

Dass es ganz allgemein genügend Freiraum für Jugendliche in den Gemeinden gibt, wo Jugendliche sich aufhalten und unter sich sein können, ohne dass sie dort etwas kaufen oder konsumieren müssen, bestätigen mehr als zwei Drittel der unter 30-Jährigen (71%), 25% meinen es gibt nicht genügend derartigen Freiraum (5% sagen hier weiß nicht oder machen keine Angabe, vgl. Abbildung 2).

**Abbildung 2: Verfügbarkeit von konsumfreien Räumen für Jugendliche**

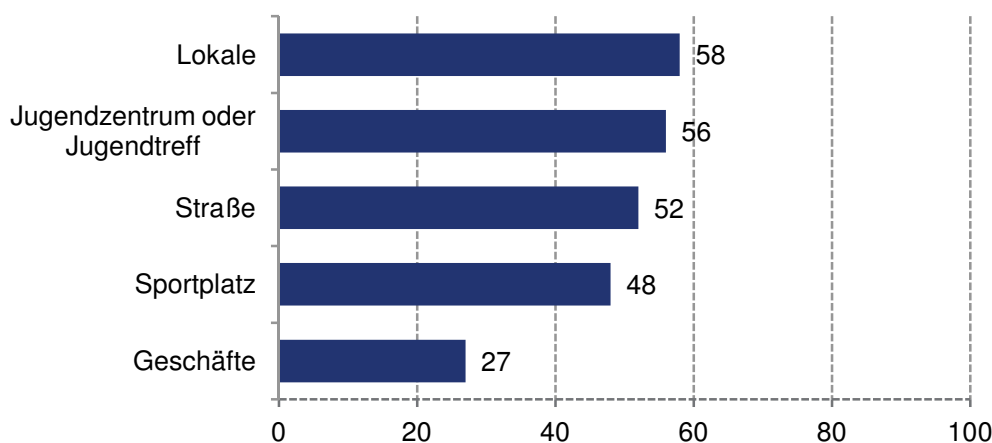


Quelle: SORA, Angaben in Prozent, n=229

In der Differenzierung nach dem Alter zeigt sich, dass ältere Befragte eine etwas geringere Wahrnehmung von verfügbarem, konsumfreiem Freiraum für Jugendliche haben als die unter 30-Jährigen – allerdings gibt es unter den älteren auch einen höheren Anteil von Menschen, die dazu keine Einschätzung abgeben.

Die Orte, an denen sich Jugendliche nach der Meinung der unter 30-Jährigen an freien Nachmittagen oder am Wochenende treffen, sind in erster Linie Lokale, Jugendzentren und der öffentliche Straßenraum mit jeweils über 50% der Nennungen (vgl. Abbildung 3). Von hoher Bedeutung sind aber auch Sportplätze (48%).

**Abbildung 3: Treffpunkte von Jugendlichen an freien Nachmittagen oder am Wochenende**



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, n=229

Für die Befragten ab 30 Jahren zeigt die Auswertung eine etwas veränderte Wahrnehmung: den öffentlichen Straßenraum nehmen nur 41% als Treffpunkt wahr. Deutlich weniger wichtiger als für die jüngsten Befragten sind für die ab 30-Jährigen auch Geschäfte und Einkaufszentren als Treffpunkte (15%).

### 3.2 Einschätzung der Attraktivität ausgewählter Aspekte des Lebens in Österreichs Kommunen

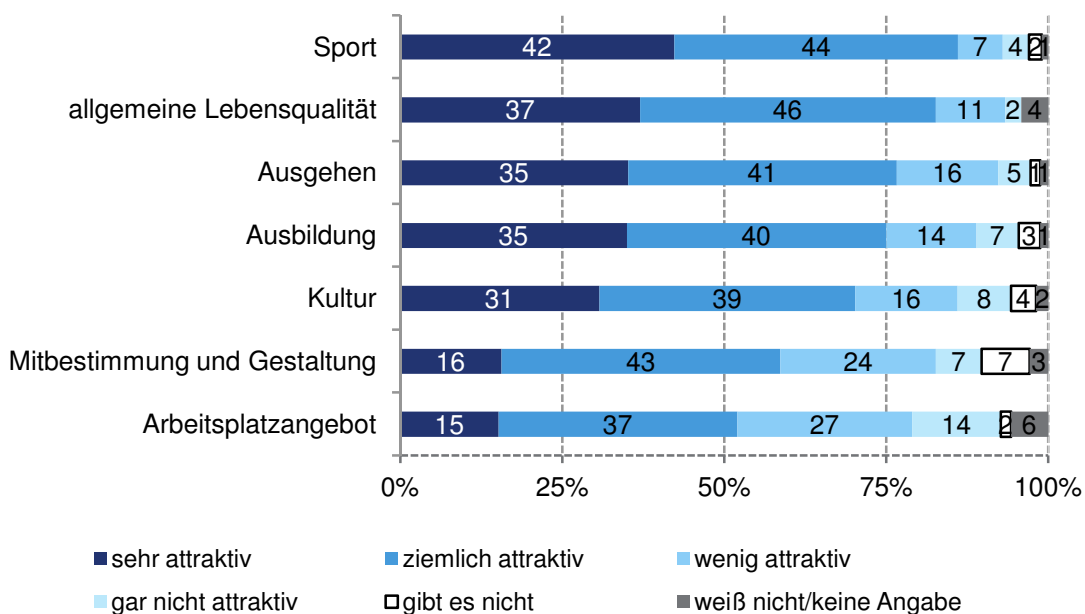
In der Frage nach der Einschätzung der Attraktivität ausgewählter Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der Gemeinde erfahren Sportmöglichkeiten und die allgemeine Lebensqualität die besten Bewertungen:

Mehr als 80% der unter 30-Jährigen sehen Sportangebote und die allgemeine Lebensqualität als „sehr“ oder „ziemlich“ attraktiv für Jugendliche (vgl. Abbildung 4). Die Möglichkeiten zum Ausgehen, die kulturellen Möglichkeiten und

die Ausbildungsmöglichkeiten schätzen jeweils rund 75% „sehr“ oder „ziemlich“ attraktiv ein.

Am unteren Ende dieser Reihung rangieren Mitbestimmung und Mitgestaltung sowie das Arbeitsplatzangebot; diese werden aber ebenso von etwas mehr als der Hälfte der Befragten noch als attraktiv wahrgenommen.

**Abbildung 4: Attraktivität der Kommune für Jugendliche hinsichtlich ...**



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, n=229

In der Bewertung dieser Aspekte sind sich die Menschen über die Altersgruppen hinweg weitestgehend einig, die Auswertung zeigt keine relevanten Unterschiede.

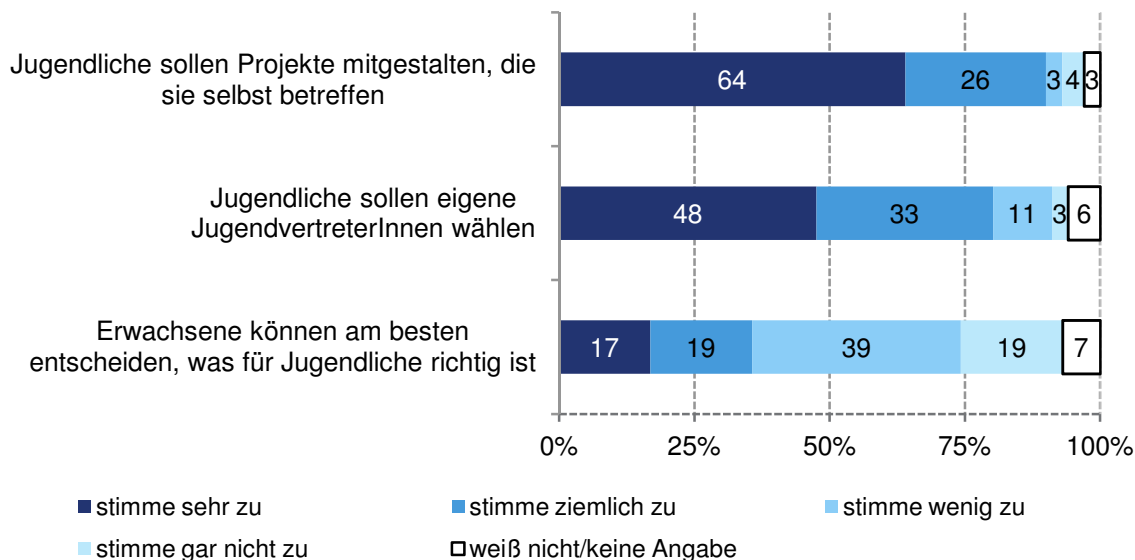
### 3.3 Einschätzungen zur Partizipation von Jugendlichen in der kommunalen Politik

In der Frage der grundsätzlichen Ausrichtung der Partizipation von Jugendlichen in der kommunalen Politik stimmen 90% der 16- bis 29-Jährigen der Aussage zu, dass Jugendliche Projekte, die sie selbst betreffen, mitgestalten sollen (vgl. Abbildung 5).

Der Meinung, dass Jugendliche selbst wissen, was am besten für sie ist, und eigene JugendvertreterInnen im Gemeinderat wählen sollen, schließen sich in dieser Altersgruppe 81% an.

36% der Befragten unter 30-Jährigen sind der Meinung, dass Erwachsene die Verantwortung für Jugendliche tragen und am besten entscheiden können, was für Jugendliche richtig ist.

**Abbildung 5: Ausrichtung der Partizipation von Jugendlichen in der kommunalen Politik**



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, n=229

Die Aussage, dass Jugendliche Projekte, die sie selbst betreffen, mitgestalten sollen, erfährt in allen Altersgruppen eine hohe Zustimmung; die uneingeschränkte Zustimmung („stimme sehr zu“) ist unter den jüngeren Befragten deutlicher als bei den älteren.

Hinsichtlich der Meinung, dass Jugendliche selbst wissen, was am besten für sie ist und eigene JugendvertreterInnen im Gemeinderat wählen sollen, zeigt die Differenzierung nach dem Alter, dass die explizite Überzeugung („stimme sehr zu“) bei den über 30-Jährigen geringer ist (34%), 40% stimmen „ziemlich zu“; 21% der über 30-Jährigen stimmen wenig oder gar nicht zu.

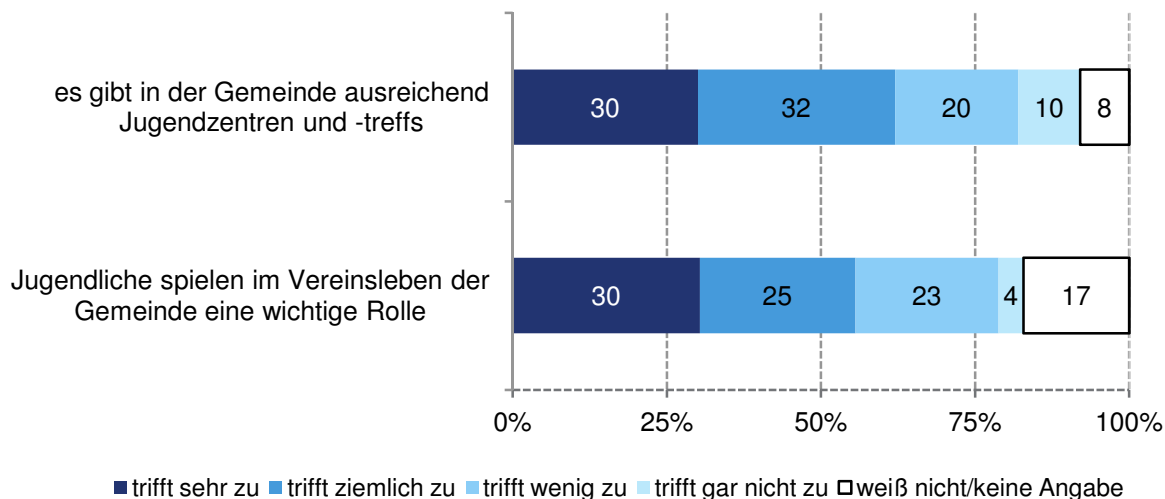
Dass Erwachsene am besten entscheiden können, was für Jugendliche richtig ist, da sie auch die Verantwortung für Jugendliche tragen erfährt in den oberen Alterskategorien mehr Zustimmung: Unter den über 30-jährigen Befragten stimmen 53% dieser Aussage sehr oder ziemlich zu.

In einem gemeinsamen Fragenblock wurde um die Einschätzung der Integration in die Gemeinde und die Partizipation am kommunalen Leben gebeten, das sich durch Jugendeinrichtungen und Vereine sowie durch die kommunale Politik im engeren Sinne gestaltet. Für die Darstellung im Bericht wurden diese Aspekte getrennt.

Eine ausreichende Versorgung mit Jugendzentren bzw. Jugendtreffs in ihrer Gemeinde sehen 62% der unter 30-Jährigen (vgl. Abbildung 6), 30% betrachten die Versorgung als nicht ausreichend, 8% geben keine Einschätzung ab.

55% meinen, dass Jugendliche eine wichtige Rolle im Vereinsleben der Gemeinde spielen, 27% bezweifeln das. Bei dieser Frage ist zu beachten, dass bereits 17% der Befragten dazu keine Aussage machen.

**Abbildung 6: Jugendtreffs und Vereinsleben in der Gemeinde**



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, n=229

In beiden Aspekten zeigen sich in den Antworten der ab 30-Jährigen keine relevanten Unterschiede zu jenen der 16- bis 29-Jährigen.

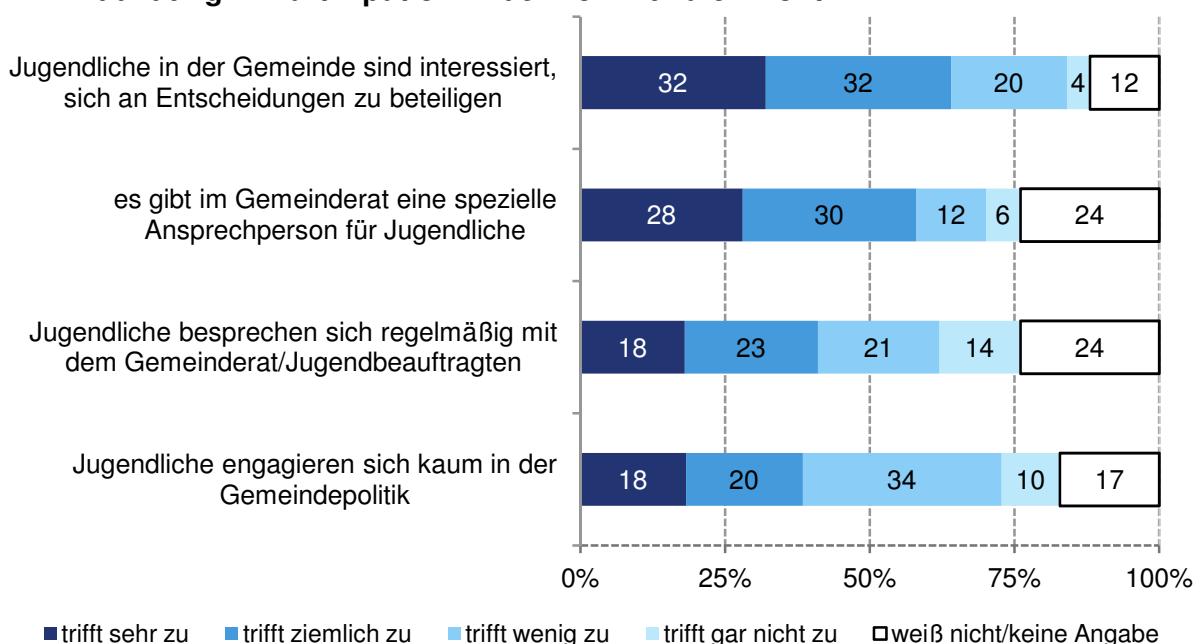
Was die Einbindung der Jugendlichen in die kommunale Politik betrifft, sagen 64% der unter 30-Jährigen, dass die Jugendlichen selbst interessiert sind, sich an Entscheidungen zu beteiligen (vgl. Abbildung 7). 58% bestätigen, dass es in ihrer Heimatstadt bzw. Heimatgemeinde eine spezielle Ansprechperson im Gemeinderat gibt. Hier ist allerdings zu beachten, dass fast jedeR vierte Befragte zwischen 16 und 29 Jahren sich in dieser Frage einer Antwort enthält.

41% der Befragten wissen aus ihrer Gemeinde, dass Jugendliche regelmäßig vom Gemeinderat oder vom Jugendbeauftragten eingeladen werden, um ihre Anliegen zu besprechen. Erneut sehr hoch ist bei dieser Frage der Anteil derjenigen, die darüber nicht Bescheid wissen oder keine Antwort geben möchten.

Die Aussage, dass Jugendliche sich kaum in der Gemeinde engagieren, lehnt eine relative Mehrheit von 44% ab; 38% stimmen der Aussage zu.



**Abbildung 7: Partizipation in der kommunalen Politik**



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, n=229

Die Differenzierung nach dem Alter zeigt, dass die Befragten ab 30 Jahren das Interesse und Engagement von Jugendlichen niedriger einschätzen als jüngere Befragte, umgekehrt werden die Partizipationsangebote der Heimatgemeinden positiver bewertet. Die älteren Befragten geben auch häufiger gar keine Einschätzung ab; die Werte für „weiß nicht“ und „keine Angabe“ sind teils deutlich höher als bei den 16- bis 29-Jährigen.

### 3.4 Einschätzung der Zu- und Abwanderung von Jugendlichen

Im Städtebarometer-Schwerpunkt Jugend in Österreichs Kommunen wurde abschließend die Frage gestellt, ob die Menschen der Meinung sind, dass in ihre Heimatstadt bzw. Heimatgemeinde eher mehr Jugendliche zuwandern oder eher mehr Jugendliche abwandern.

Dabei zeigt sich insgesamt, dass 16% der bis 30-Jährigen eher Abwanderung sehen, 37% sehen eher Zuwanderung, 41% meinen, es ist ausgeglichen (6% weiß nicht).

In der Unterscheidung der Alterskategorien wird deutlich, dass von älteren Befragten geringfügig stärker Abwanderung gesehen wird als von jüngeren (21%).

## **4 Empfehlungen zur kommunalen Jugendpolitik und Jugendarbeit**

Zur Umsetzung kommunaler Jugendpolitik und Jugendarbeit haben in den vergangenen Jahren zahlreiche ExpertInnen Empfehlungen entwickelt und Handreichungen zusammengetragen. Nicht nur, aber auch die Jugendberichte des Bundesministeriums für Jugend versammeln eine ganze Reihe von Handlungsempfehlungen und -anleitungen zu verschiedenen Aspekten von Jugendpolitik und Jugendarbeit.

Wie im vorangegangenen Kapitel bereits mehrfach angedeutet, lässt sich aus den Meinungen der Jugendlichen selbst eine Vielzahl von Empfehlungen ableiten. Für das vorliegende Projekt wurde auch eine Reihe von Interviews mit ExpertInnen der Jugendpolitik und Jugendarbeit zu den Möglichkeiten der Kommunen in diesem Bereich durchgeführt. Im Rahmen dieser Interviews wurden die ExpertInnen abschließend auch gebeten, ein Anliegen oder einen Wunsch an den Österreichischen Städtebund, als Auftraggeber der Studie, zu formulieren.

Die Befunde aus der Literatur und den Interviews sind im vorliegenden Kapitel versammelt. Nach den Handlungsfeldern sowie den Wünschen und Meinungen der Jugendlichen, soll also nun dargestellt werden, welche grundlegenden Empfehlungen und Anforderungen an die Kinder- und Jugendpolitik gerichtet werden, wie konkrete (kommunale) Kinder- und Jugendarbeit – vor allem in den Bereichen Freizeit und Mobilität – anzugehen ist und welche Anregungen für die Bereiche Politik und Partizipation sowie Kommunikation zu geben sind.

Das abschließende Kapitel 4.5 streicht die geschlechtsspezifischen Unterschiede aus Kapitel 2 hervor und ergänzt sie mit den daraus resultierenden speziellen Empfehlungen.

### **4.1 Grundlegende Anforderungen an die Jugendpolitik**

Die Forderungen aus der Perspektive von ExpertInnen an die (Kinder- und) Jugendpolitik sind vielfältig und anspruchsvoll. Zunächst geht es ganz wesentlich um die Sichtweise auf die Jugendlichen und die Einstellungen zur Jugendpolitik. Bert Eigeman formuliert im Rahmen des Projekts European Peer Learning on Youth Policy zwei Herausforderungen der aktuellen Jugendpolitik, die er unter dem Titel einer „positiven Jugendpolitik“ zusammenfasst: Jugendliche sollen einerseits nicht Objekte, sondern Subjekte der Jugendpolitik sein und andererseits nicht nur problematisiert werden. Diese beiden Leitlinien der Jugendarbeit sollten auch zur Basis der Jugendpolitik werden:

„The first one is to make young people not an object but a subject of youth policy. This means to entrust young people with responsibility and to win them over to it. The second one is a ‚deproblematization‘ of young people. We should see their potential and not only their deficits. This is what I call a ‚positive youth policy‘.“ (Jugend für Europa 2012: 36)

In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder die systematische Miteinbeziehung von Perspektiven, Potenzialen, Bedarfen und zielgruppenspezifischen Unterschieden – also Alter, Geschlecht, kultureller Hintergrund etc. – in Planung und Gestaltung gefordert. Dies soll die Ausgrenzung der NutzerInnengruppe Jugendliche – wie auch aller anderen Gruppen – vermeiden (vgl. Schoibl 2012). Diese Forderung betrifft nicht nur explizit jugendspezifische Angebote, sondern alle Inhalte bzw. Angebote der Politik. Jugendliche sind nicht nur AdressatInnen von Jugendpolitik, sondern implizit auch aller anderen Politikfelder und mit deren Auswirkungen konfrontiert.

Von den meisten der befragten ExpertInnen kommt der Wunsch nach oder die Aufforderung zu stärkerer Vernetzung. Die InterviewpartnerInnen haben einerseits selbst die Erfahrung gemacht, dass es interessant und hilfreich ist, von anderen zu lernen, wie hinsichtlich Jugendpolitik vorgegangen wird, welche Aktivitäten gesetzt werden und welche Herausforderungen in der Praxis der Jugendarbeit wie bewältigt werden können usw. Andererseits läuft aufgrund der Vielzahl der Stakeholder, befassten Organisationen usw. vieles parallel, aber man kennt einander gar nicht. Hinter diesem Wunsch nach Austausch und Vernetzung steht teils auch die Überzeugung, dass gemeinsam viel mehr für die Jugendlichen erreicht werden könnte.

Dem Österreichischen Städtebund wird – teils aus unmittelbarer Erfahrung heraus – attestiert, ein Forum für Dialog zu sein. Für andere scheint der Österreichische Städtebund ein geeigneter Akteur zu sein die – als besonders wichtig erachtete – Schnittstelle zwischen Politik/Verwaltung und den in der praktischen Umsetzung von Jugendarbeit befassten Organisationen zu sein. So könnte der Städtebund der Jugendarbeit einen strukturierten, systematischen Zugang zu den Kommunen bieten, damit die AkteurInnen ihre Leistungen und sich selbst als Ansprechstelle für die Gemeinden bekannt machen können. Aufgrund von Ressourcenmangel arbeiten viele AnbieterInnen von Jugendarbeit derzeit eher nur reaktiv. Auch der Jugend- und Sozialausschuss des Österreichischen Städtebundes wird ganz konkret angesprochen und als eine der wenigen, aber so wichtigen Vernetzungsmöglichkeiten gewürdigt. Bedauert wird in diesem Zusammenhang, dass die Nachrangigkeit von Jugendpolitik dabei oft deutlich wird; das Thema Soziales ist als „Geldfrage“ den meisten TeilnehmerInnen offenbar wichtiger.

Ein weiteres Anliegen der ExpertInnen ist, die Jugendpolitik als solche wichtiger zu machen und Jugendlichen als relevante Zielgruppe in Politik und Verwaltung bewusst zu machen.

So sollte Städten und Gemeinden in Österreich dringend klar gemacht werden, dass die Zahl der Jugendlichen zunehmend kleiner wird. Da die Städte und Gemeinden die Jugendliche aber brauchen, müssen diese gestärkt werden.

Vom Österreichischen Städtebund wird auch eingefordert, den Städten und Gemeinden Hilfestellung dabei zu geben, dass die Kommunen verstehen, dass es so etwas wie kommunale Jugendpolitik tatsächlich gibt. Hier wird noch großer Handlungsbedarf gesehen. In einer solchen kommunalen Jugendpolitik müssten von der Politik bzw. der Verwaltung Querverbindungen zwischen den verschiedenen Politikfeldern gedacht und entsprechend gehandelt werden, und die individuelle und strukturelle Ebene gemeinsam bearbeitet werden. Aus der Einschätzung von ExpertInnen sind viele Einrichtungen der Jugendarbeit – wenn man so möchte: „unten“ – dabei, diese Umstellung zu bewältigen; „oben“, also auf der Ebene der Verwaltung und der Politik in den Städten und Gemeinden, kann diese Entwicklung aber bis auf wenige Ausnahmen noch nicht wahrgenommen werden.

Von diesem Mangel an Querverbindungen zeugt auch der Wunsch nach einer besseren Abstimmung von Politik und Verwaltung. ExpertInnen nehmen derzeit wahr, dass die Politik einerseits Versprechen macht, denen die Verwaltung andererseits manchmal hilflos oder gar überfordert gegenüber steht. Hier wiederholt sich der Wunsch an den Städtebund, auf Politik und Verwaltung einzuwirken, sich in der Jugendpolitik stärker als „Arbeitsgruppe“ zu sehen und ihre Aufgaben und ihr Handeln zu verschränken. Zumindest sollte es in der Verwaltung der Städte eine zuständige Person geben, die eine Schnittstellenfunktion erfüllt und Koordinations- und Netzwerkagenden übernimmt.

Konkretere Forderungen an die Kommunen gibt es etwa in der Jugendstudie für die Niederösterreichische Landesregierung. Aber auch hier sind die Erfordernisse umfassend und deuten auf einen hohen Anspruch hin: Die AutorInnen sprechen z.B. von einem „neuen Zugang“, der nötig sei. So müssten die Gemeinden häufiger und aktiv die Kontaktaufnahme zu den Jugendlichen pflegen; über das traditionelle Vereinsleben hinaus sollen Anlässe für informelle Gemeinschaftsbindungen geschaffen werden und insgesamt soll die Gemeinde stärker Anteil am Alltagsleben der Jugendlichen nehmen. Dies betrifft nach Ansicht der AutorInnen so unterschiedliche Belange wie das Kümmern um schulische Raumqualitäten, individuelle Förder- und Stützangebote zu Ferialjobs, Vermittlung von Auslandserfahrungen, gemeinsame Urlaubsangebote und so weiter. Und „nicht Beratung, sondern Partner-

schaft ist gesucht, zumal viele Eltern diese nicht in ausreichendem Ausmaß bieten oder bieten können.“ (Institut Brunmayr 2009: 9) Darüber hinaus empfiehlt die Niederösterreichische Jugendstudie die Initiierung von starken und aktiven Partnerschaften zwischen Schulen, kommunalen und regionalen Instanzen: Gemeinden, Betriebe, Kulturanbieter, Vereine etc. (vgl. Institut Brunmayr 2009).

Eine Art von Partnerschaft fordert auch Heinz Schoibl (2012): Im Zusammenhang mit der Freiraumentwicklung verlangt er, dass in der (Neu-)Gestaltung des öffentlichen Raumes nicht nur die Interessen der verschiedenen Zielgruppen berücksichtigt werden müssen, sondern diese auch am Gestaltungsprozess partizipieren sollen. Allerdings liegt die Handlungserfordernis für Schoibl bei den öffentlichen Stellen bzw. der Politik. Eine (pro-)aktive Freiraumentwicklung soll bereits im örtlichen und regionalen Politikprogramm aufgenommen werden.

Dabei ist auch den ExpertInnen bewusst, dass Jugendpolitik vielfach ein nachgeordnetes Politikfeld und deshalb immer vom Engagement Einzelner abhängig ist. Die Erfahrungen zeigen aber, dass, wenn der Wille von Seiten der Stadt bzw. Gemeinde da ist und es engagierte AkteurInnen sowie ein Interesse von BürgermeisterInnenseite gibt, sehr vieles möglich ist. Dabei muss nicht alles neu erfunden werden: Einerseits kann auf bereits vorhandenes Wissen aufgebaut werden, da es schon eine große Zahl gut dokumentierter Erfahrungen in diesem Bereich gibt (vgl. die Praxisbeispiele in Kapitel 5), andererseits ermöglicht ein guter Kontakt zu den bestehenden Initiativen und AkteurInnen, diese aktiv zu vernetzen und Synergien zu finden. Wichtig dabei ist, eine Verbindung zwischen Jugendarbeit und Gemeindepolitik herzustellen, da über diese Schnittstelle ein effizienter Informationsaustausch möglich wird. Dies kann auf vielerlei Wegen bewerkstelligt werden: etwa in regelmäßigen Treffen der befassten PolitikerInnen und Verantwortlichen mit Aktiven der Jugendarbeit, in gemeinsamen Veranstaltungen oder – wie in Vorarlberg praktiziert – durch die Nutzung von Jugendeinrichtungen als Veranstaltungsort für Termine der Stadtregierung bzw. -verwaltung, auch wenn es dabei nicht um Jugendbelange geht.

## **4.2 Überlegungen für die kommunale Jugendarbeit**

Für die Jugendarbeit lassen sich – je nach konkreter Anwendung – unterschiedliche Empfehlungen identifizieren: So unterscheiden sich beispielsweise die Empfehlungen, wenn sie an die mobile Jugendarbeit gerichtet sind, wenn sie aus der Perspektive der Jugendwohlfahrt bzw. der Jugendsozialarbeit kommen usw.

Als Gemeinsamkeit lässt sich allerdings feststellen, dass Jugendliche unbedingt wertgeschätzt werden müssen. Ihre Anliegen als BürgerInnen sind ernst zu nehmen, sie sind als ExpertInnen ihrer Lebenswelt zu respektieren und sollen daher auch tatsächlich in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Weiters wird Kontinuität und Professionalität in der Bearbeitung und Begleitung gefordert: Idealerweise sollte dabei eine Zusammenarbeit zwischen aktiven Erwachsenen, die von Beginn an involviert sind, sowie externen ProfessionistInnen stattfinden. Im Falle von Jugendsozialarbeit beziehen sich diese Forderungen sowohl auf den Regelbetrieb als auch die Teamarbeit.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das gemeinsame Herangehen an Projekte: Die Spontaneität, Neugier und Kreativität der Jugendlichen soll mit der Konstanz der Erwachsenen gepaart werden. Das Prinzip der Kontinuität soll dabei durch Flexibilität ergänzt werden. Einerseits braucht es für eine erfolgreiche Jugendarbeit langfristige, am besten in eine Strategie eingebundene Projekte. Andererseits muss in der Jugendarbeit immer wieder von Neuem begonnen werden, um nachkommenden Altersgruppen und sich verändernden Anforderungen gerecht zu werden.

Schließlich sind unter den wichtigsten Aspekten noch Niederschwelligkeit und die Bereitstellung von Ressourcen zu nennen: Dazu zählen anforderungsarme Zugänge sowie ein Maß an „Narrenfreiheit“ und Mut zum Scheitern (vgl. dazu u.a. Akzente Salzburg 2004, Schoibl 2012, BMWFJ 2011, Amt der oberösterreichischen Landesregierung 2004, Verein Generationen und Gesellschaft 2010).

Von ExpertInnenseite wird weiters empfohlen, als Kommune von einer Auslagerung der Jugendarbeit abzusehen, um den Kontakt zu den Jugendlichen und ihren Lebensumwelten nicht aus der Hand zu geben.

Zur Unterstützung der von den meisten der befragten ExpertInnen geforderten stärkeren Vernetzung gibt es die Idee, Besuchsprogramme oder Arbeitstreffen – z.B. des Österreichischen Städtebundes – in Einrichtungen der (offenen) Jugendarbeit abzuhalten – unabhängig vom konkreten Inhalt der Treffen. Auch auf diesem Wege können die Angebote der Jugendarbeit bewusst gemacht werden, ein gegenseitiges Kennenlernen und besseres Verstehen würde möglich.

#### **4.2.1 Freizeit**

Kinder und Jugendliche brauchen Experimentierfelder und Gestaltungsräume für eine positive Entwicklung. Kinder- und Jugendarbeit befasst sich daher immer sehr stark mit den Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Dabei geht es einerseits um die Bereitstellung von Räumen, in denen sich Kinder und Jugendliche frei bewegen können, andererseits auch um spezielle Angebote.

Durch die Verfügbarkeit von adäquaten Räumen (drinnen und draußen) wird sowohl die Wertschätzung der Politik gegenüber den Jugendlichen ausgedrückt als auch die Integration in die Kommune ermöglicht. Gerade bei der Planung des öffentlichen Raumes wird den Bedürfnissen von Jugendlichen oft wenig Beachtung geschenkt, während z.B. Räume für Autos oder für Kinderspielplätze in der Regel mitgedacht werden. In der Folge kommt es durch die Inanspruchnahme von Raum durch Jugendliche vielfach zu Konflikten und die Jugendlichen werden eher als Störfaktoren anstatt als Teil des Gemeinschaftslebens empfunden.

Heinz Schoibl konstatiert zwischen dem Anspruch an den öffentlichen Raum und der Entwicklung der Lebenswelt Jugend in der jüngeren Vergangenheit eine Diskrepanz: Während erster zunehmend „aufgeräumter“ wird, also immer mehr konsumorientiert und entsprechend monofunktionaler Nutzungsmuster gestaltet wird, wird Jugend vielfältiger, bunter und insgesamt sichtbarer und versucht, sich durch jugendkulturelle Aktivitäten, Schoibl nennt Funsport und Graffiti als Beispiele, den öffentlichen Raum anzugeignen (Schoibl 2009b). Hier liegt also Potenzial für vielfältige Konflikte, das am besten schon in der Planungsphase zu berücksichtigen ist. Hinsichtlich des öffentlichen Grünraumes muss dies ebenfalls beachtet werden: Jugendlichen müssen ausreichend Grünflächen mit hoher Aufenthaltsqualität zur Verfügung stehen.

Einen wichtigen Baustein der Jugendarbeit stellen Jugendzentren dar; dabei kann es sich aber nicht um ein flächendeckendes Angebot handeln, von dem alle Jugendlichen profitieren. Von Jugendzentren werden immer nur bestimmte Gruppen von Jugendlichen angesprochen, während andere nicht erreicht werden. Aus den Grundsätzen der offenen Jugendarbeit resultiert, dass Jugendliche unabhängig von sozialer, ethnischer, religiöser und kultureller Herkunft bzw. Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung willkommen sind. Als kostenfreie Angebote sind die Jugendzentren aber beispielsweise besonders attraktiv für Jugendliche, die sozioökonomisch benachteiligt sind (vgl. Verein Wr. Jugendzentren 2012). Des Weiteren gibt es in Jugendzentren eine absichtliche Fokussierung auf bestimmte Zielgruppen, wie beispielsweise die Mädchenzentren.

Eine Herausforderung für Jugendzentren sind Dynamiken zwischen unterschiedlichen BesucherInnengruppen – man spricht hier von sogenannten Ingroup-Outgroup-Prozessen. D.h. dass etwa ältere BesucherInnen gegenüber jüngeren dominieren können, Burschen gegenüber Mädchen usw. Dies kann bis zur Verdrängung einzelner Gruppen führen. Ein weiteres Problemfeld spricht Heinz Schoibl am Beispiel Vorarlberg an: in der interkulturellen Jugendarbeit wird für Jugendliche eines bestimmten Herkunftslandes oder Kulturkreises oft eine eigene Betreuungsperson oder Betreuungsteam eingesetzt. Dabei wird aber leicht vergessen, dass mit dem regulären Team

ausreichend Auseinandersetzung und Reflexion stattfindet und die interkulturelle Begegnung aller Jugendlichen sichergestellt ist (vgl. Schoibl 2009a).

In Österreich werden besonders im Sportbereich viele Freizeitaktivitäten für Jugendliche in Vereinen organisiert. Dabei handelt es sich oftmals nicht um Jugendarbeit an sich, sondern um einen Rahmen, um neben Angeboten für andere Altersgruppen bzw. für die allgemeine Bevölkerung auch Jugendarbeit zu machen. Das wird teilweise ebenfalls kritisch gesehen, etwa im dritten Bericht zur Lage der Jugend in Österreich aus 1999 – damals vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen herausgegeben. Dieser stellte der Jugendarbeit in den Gemeinden ein schlechtes Zeugnis aus: Der Szenorientierung der Jugendlichen und Jugendkulturen werde nicht Rechnung getragen, die Jugendarbeit in den Gemeinden sei Vereinsarbeit und diese und die Jugendarbeit bzw. die Bemühungen der Schulen bewirkten, dass alles in traditionellen Bahnen läuft, die die Jugendlichen offenbar wenig interessieren (vgl. BMSG 1999).

Eventuell ist das auch eine der Ursachen dafür, dass die Attraktivität der Angebote – von beispielsweise Sportvereinen – mit zunehmendem Alter (einzelne Experten setzen dies als bereits bei 13 Jahren beginnend an) deutlich abnimmt. In verschiedenen Gemeinden geht der Trend daher stark in Richtung der Weiterentwicklung von offenen Angeboten und Freianlagen, mit einer Schwerpunktsetzung auf Funsportanlagen, die sich durch einen informellen Nutzungskontext auszeichnen.

Wenige Gemeinden haben ein bereichsübergreifendes Konzept der Jugendarbeit, das auch die Schnittstellen zwischen den einzelnen Infrastrukturangeboten regelt. Häufig existiert allerdings nur ein Nebeneinander von Jugendarbeit, der Infrastruktur der Sportvereine und offener Freiflächen. Besonders bei der Schnittstelle zwischen den Angebotsbereichen der Jugendreferate, der Jugendarbeit in Sportvereinen und der offenen Jugendarbeit gibt es noch viel ungenutztes Potenzial (vgl. Schoibl 2003).

Auch geschlechtsspezifische Unterschiede sind im Angebot an Freizeitmöglichkeiten zu beachten (vgl. dazu Kapitel 4.5).

Eine Möglichkeit die Eingeschränktheit eines Angebots hintanzuhalten ist die partizipative Erarbeitung: Angebote und Aktivitäten der Kommunen, die Jugendliche ja aus freien Stücken in ihrer Freizeit nutzen sollen, sollten gemeinsam entwickelt werden, sodass die Angebote wirklich den Bedürfnissen der Jugendlichen entsprechen. Dabei sind unerwartete und andere Interessen und Verhaltensweisen der Jugendlichen zu akzeptieren. Überspitzt formuliert könnte man sagen: Wenn ein Angebot für Jugendliche in der Kommune den Erwachsenen bzw. den älteren Menschen gefällt, ist es ein schlechtes Angebot für Jugendliche.



Heinz Schoibl hat im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung von Jugendkonzeptarbeit auf lokaler und regionaler Ebene die Erfahrung gemacht, dass Top-Down-Prozesse – öffentliche Aufträge zur Ausführung von Jugendarbeit – oft im Widerspruch zur Gewährleistung von Freiräumen für Bottom-Up-Prozesse stehen, egal ob es sich dabei um (sozial-)pädagogische, präventive, integrative, geschlechtssensible oder andere Ansätze handelt. Um sich jugendkulturell entfalten zu können, sind aber genau solche Prozesse der Selbstorganisation notwendig. Gerade Jugendkulturzentren, die überwiegend aus Bottom-up-Prozessen entstanden sind, sind allerdings vielfach in einer schwierigen Lage, etwa aufgrund einer fehlenden Auftrags- und Finanzsicherheit. Häufig ist außerdem eine Abschottung der Gründergeneration gegenüber neueren jugendkulturellen Strömungen und Initiativen zu beobachten, sodass selbst bei Vorhandensein eines Jugendkulturzentrums die Jüngeren wiederum keine passenden Freiräume vorfinden (vgl. Schoibl o.J.).

Auf eine ganz andere Problematik macht Bernhard Heinzlmeier (2011) im sechsten Bericht zur Lage der Jugend in Österreich aufmerksam: Er konstatiert eine zunehmende Überforderung der Jugendlichen durch den riesigen Markt an Freizeit und Unterhaltung. Heinzlmeier folgt dem französischen Psychiater Alain Ehrenfeld, der – nicht nur für Jugendliche – eine Belastung durch zu viele Möglichkeiten sieht:

„Viele Jugendliche fühlen sich aufgrund der tagtäglichen Überforderung durch beständig offene Möglichkeitsräume wie gelähmt. Sie hören auf zu handeln, weil sie die Last, immer eigenverantwortlich und initiativ sein zu müssen, nicht mehr (er-)tragen können.“ (Heinzlmaier 2011: 233).

Damit verbunden ist die Idee, dass in und mit allen Aktivitäten nie ein Ende erreicht werden kann; aufgrund der vielen Möglichkeiten, die auch alle interessant sind oder zumindest scheinen, kommt es zu einem „Switchen“ zwischen all den Angeboten oder Communities; ein abschließendes Ziel gibt es nicht. Nicht nur aus diesem Grund ist also bei aller Notwendigkeit, attraktive, aktive Angebote für die Jugendlichen zu schaffen, ebenso zu beachten, dass auch Entspannung und Faulenzen als Freizeitbeschäftigungen sinnvoll und akzeptabel sind.

#### **4.2.2 Mobilität**

Die sozialen Nahräume der Kinder und Jugendlichen sind heute nicht mehr nur die geografischen Nahräume: Kinder und Jugendliche überwinden freiwillig und unfreiwillig teils große Distanzen in ihrem Alltag. Sie sind mobil und sind es gewohnt, attraktiven Angeboten „hinterherzufahren“ – entweder mit

Hilfe öffentlicher Verkehrsmittel oder auch mit (erheblichem) Unterstützungsaufwand der Eltern.

Für die kommunale Jugendpolitik kann dies auch als Auftrag zu mehr interkommunaler Kooperation gesehen werden. Eine stärkere Abstimmung sowie gemeinsame Angebote zwischen den Städten und Gemeinden untereinander ermöglichen attraktivere Angebote und das Nutzen von Synergien.

Hinsichtlich kommunaler Jugendtreffpunkte oder Jugendzentren verweist Heinz Schoibl (2003) auf die Ambivalenz der hohen Mobilität der Jugendlichen: Einerseits bedeutet es, dass sich die Jugendeinrichtungen in Bezug auf Jugendkultur und „Szeneakzeptanz“ ein gutes Profil erarbeiten konnten und attraktiv sind – offenbar können die Jugendlichen unter diversen Angeboten jene wählen, die am ehesten ihren Neigungen und Bedürfnissen entsprechen. Andererseits kann man das unter dem Aspekt der Versorgungsdichte und Akzeptanz der Angebote vor Ort kritisch sehen. Aus Sicht der kommunalen Politik kommen hier außerdem finanzielle Mittel gemeindefremden BesucherInnen zu gute.

Die hohe Mobilität der Jugendlichen spricht in jedem Fall für eine stärkere gemeindeübergreifende Vernetzung von Jugendpolitik und Jugendarbeit. Heinz Schoibl merkt dazu aber kritisch an, dass eine zentrale Voraussetzung in den Kommunen nicht oder nur teilweise vorhanden ist: die (interne) Vernetzung der vorhandenen Ressourcen und Modelle, die ein Hinausgehen der lokalen Jugendpolitik über die Gemeindegrenzen sowie Ratschläge und Rückhalt erst ermöglicht. Schoibl sieht die Schaffung von entsprechenden Strukturen auf Landesebene als wichtigen Schritt an: Hier könnte die Verbindlichkeit für die Umsetzung von Anliegen in den Gemeinden besser gewährleistet werden; darüber hinaus erfahren die lokalen AkteurInnen überregionalen Rückhalt (vgl. Schoibl 2003).

Für den Bereich der Mobilität im Sinne von Verkehr sind für die kommunale Jugendpolitik besonders das Angebot an öffentlichem Verkehr und die Bedingungen für Jugendliche als VerkehrsteilnehmerInnen relevant.

Ein eingeschränktes Angebot an öffentlichem Verkehr, auch abends und nachts sowie in schulfreien Zeiten, schränkt Kinder und Jugendliche in ihrer Mobilität zusätzlich ein und damit ebenso in ihren sozialen Kontakten. Problematisch sind teils auch die Kosten für Jugendliche in Übergangsphasen, in denen sie keine Kostenermäßigungen in Anspruch nehmen können.

Wie die Studie von Elisabeth Füssl et al. (2012) deutlich macht, sind viele Anliegen der Jugendlichen auch Anliegen von Erwachsenen: Respekt gegenüber FußgängerInnen und RadfahrerInnen, Respekt ihnen als Individuen gegen-

über in öffentlichen Verkehrsmitteln, Verbesserung von Infrastruktur für den nicht-motorisierten Individualverkehr oder nachhaltige Verkehrsentwicklung.

Obzwar unter Jugendlichen ein ausgeprägter Wunsch nach einem eigenen Auto (auch Moped oder Motorrad) besteht und ein hoher Anteil an FührerscheinbesitzerInnen zu finden ist, herrscht großes Bewusstsein hinsichtlich Umweltschutz und daher großteils Bereitschaft zu (weiterer) Multimodalität. Allerdings muss klar sein, dass sowohl das Verhalten bzw. die Verkehrsmittelwahl von Erwachsenen, als auch die konkrete Qualität – vor allem des öffentlichen Verkehrsangebots – diese Bereitschaft stark beeinflussen.

### 4.3 Politik und Partizipation

Ganz grundsätzlich gilt auch für die (politische) Jugendbeteiligung, dass von Wertschätzung bzw. Respekt gegenüber den Wünschen, Anliegen und Meinungen von Jugendlichen auszugehen ist: Die Fähigkeit von (Kindern und) Jugendlichen, die für sie richtigen Entscheidungen treffen und sich vernünftig mit ihren Lebensverhältnissen auseinandersetzen zu können, muss anerkannt werden. Daraus ergibt sich, ihnen auch Entscheidungsspielräume zu gewähren und selbst auf Entscheidungsgewalt und Autorität zu verzichten.

Gertrud Diendorfer (2008) stellt in dem von ihr geleiteten Abschlussbericht der ExpertInnengruppe „Innovative Demokratie“ fünf Stufen der Partizipation dar: Die beiden untersten Stufen – nach Diendorfer nicht so sehr echte Formen von Partizipation als vielmehr ihre Voraussetzungen – sind Information und Mitsprache; darüber stehen – in dieser Reihenfolge – Mitentscheidung, Mitbeteiligung und schließlich Selbstverwaltung.

Anhand dieser Stufen kann der Wert der Partizipationsmöglichkeiten, die Jugendlichen geboten werden, ermessen werden. Hierbei zeigt sich sehr schön, dass es im Prozess der Einbindung von Jugendlichen auch um Machtfragen geht, bzw. um die Bereitschaft, „Asymmetrien und Machtverhältnisse zugunsten der Jugendlichen zu verändern. Jugendpartizipation ist also mehr, als Jugendliche über Politik zu informieren oder ihre Wünsche und bevorzugten Themen einzuholen.“ (Diendorfer 2008: 126). Für die ExpertInnengruppe um Diendorfer ist maßgeblich zu klären, „in welchen Bereichen und in welchem Ausmaß (insbesondere politische) Partizipation möglich ist und was dafür benötigt wird. Damit Jugendliche kompetent mitreden und mitwirken können, brauchen sie Kompetenzen, Raum und Strukturen.“ (Diendorfer 2008: 126)

Wichtig ist dabei auch die Heterogenität der Jugendlichen zu beachten: Die Partizipationsbereitschaft ist unterschiedlich ausgeprägt und für politikfernere Jugendliche ist zunächst ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass sie mitreden und eigene Meinungen vertreten können. Diesen Jugendlichen muss ebenso vermittelt

werden, dass sie von dieser Stufe des Mitredens auf die Stufe des Mithandelns gelangen können (vgl. Diendorfer 2008).

Notwendig ist auch kompetente Begleitung, Transparenz und Überschaubarkeit. Das bedeutet, dass beispielsweise von Beginn an klar sein muss, inwieweit Jugendliche z.B. in konkrete Planungen einbezogen bzw. ihre Meinungen, Ideen und Vorschläge in deren Umsetzung berücksichtigt werden. Dazu dient beispielsweise eine gemeinsame Zielformulierung.

Zu empfehlen ist generell ein niederschwelliger, offener und prozessorientierter Zugang, der nicht von Anfang an auf mögliche Ergebnisse fixiert ist, da viele Jugendliche sonst von vornherein aus der Reichweite der Beteiligungsangebote herausfallen würden. Dabei sollte ebenso akzeptiert werden, wenn Jugendliche nicht von sich aus mit konkreten Forderungen kommen, sondern Wünsche erst in einem gemeinsamen Prozess entstehen und erarbeitet werden (vgl. Schoibl 2003).

In der konkreten Jugendarbeit zeigt sich die Schaffung einer Art von „geschützter Umgebung“ als erfolgversprechend: So kann etwa im Rahmen eines kleinen Projektes mit nur wenigen Beteiligten und abseits der breiten Öffentlichkeit ein Zugang, eine Methode usw. ausprobiert werden; im Erfolgsfall kann dann das Projekt ausgeweitet werden, im Falle von weniger Erfolg kann adaptiert werden. Auch das Ausschließen von weiten Teilen der Erwachsenen aus Projekten zeigt immer wieder Erfolge: (Kinder und) Jugendliche schätzen z.B. nicht immer von ihren Eltern beobachtet zu werden.

Schließlich soll Verbindlichkeit gegenüber den Beiträgen von (Kindern und) Jugendlichen sichergestellt werden – und zwar bereits zu Beginn des gemeinsamen Prozesses.

Beate Großegger empfiehlt, sich noch stärker mit den Alltagserfahrungen Jugendlicher auseinanderzusetzen und zu versuchen, die Welt aus ihrer Perspektive zu sehen, um jugendgerechte Angebote und Maßnahmen entwickeln zu können. Für den Bereich der Politik und der politischen Partizipation verweist sie auf die unterschiedliche Art der Beschäftigung mit Politik wie auch der Nutzung politischer Information zwischen Jugendlichen und Erwachsenen. Wird dies ignoriert können falsche Erwartungen hinsichtlich des Verhaltens einer kritisch-interessierten Jugend entstehen, die dann leicht enttäuscht werden (vgl. Großegger 2008 und Großegger 2011b).

Auch andere ExpertInnen warnen vor falschen bzw. überzogenen Erwartungen an das politische und/oder kommunale Engagement von Jugendlichen. Vielmehr sollte man akzeptieren, dass es – wie bei der Partizipation von erwachsenen BürgerInnen auch – gewisse Grenzen der Engagementbereitschaft gibt. Nichts desto trotz sind die Kommunen – bzw. die Politik im Allgemeinen – gefordert, sich um die Einbindung von Kindern und Jugendli-

chen zu bemühen. Aus den Befunden der Niederösterreichischen Jugendstudie wird auf eine „jahrzehntelange Erfahrung der kommunalen Jugendarbeit“ verwiesen: „Wenn eine Gemeinde sich nicht um ihre Jugend kümmert, wird sie auch später kein breit gestreutes Freiwilligen- bzw. Ehrenamt aufbauen können.“ (Institut Brunmayr 2012a: 31)

Für das allgemeine kommunalpolitische Interesse von Jugendlichen wird unterstellt, dass das Wissen über die Aufgaben der politischen EntscheidungsträgerInnen enorm wichtig für das Interesse am politischen Geschehen ist und auch für die Bereitschaft, sich aktiv einzubringen. Neues Wissen kann wiederum neue Interessen wecken. Daraus resultiert die Forderung, dass Schulen Kommunalpolitik und Partizipation stärker in den Unterricht aufnehmen sollen und sich auch die Kommunen hier einbringen. Helmut Retzl sieht beispielsweise die Lösung in einem „Neuen Pädagogischen Viereck“ von Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen und dem Gemeinwesen. Schulentwicklung und Gemeinde- bzw. Stadtentwicklung sollten sich wechselseitig ergänzen. Retzl plädiert für Schulen als Ort einer dynamischen Entwicklung der Kommunen und einer nachhaltigen politischen Nachwuchsarbeit (vgl. Retzl 2004).

Aufgrund der Integration in den Unterricht oder die spezifischen organisatorischen Möglichkeiten von Ausbildungsstätten erreichen schulische Projekte auch einen hohen Beteiligungsgrad (vgl. z.B. Christiana Hartwig 2009); die vergleichsweise geringe Beteiligung an (Kinder- oder) Jugendgemeinderäten kann nach Hartwig am tatsächlichen Fehlen des Angebotes liegen oder an mangelnder Information. Weiters bedeutet die Mitarbeit in einer solchen Vertretung von Jugendlichen auf Gemeindeebene eine längerfristige Verpflichtung – auch dies ist für die meisten Jugendlichen nicht attraktiv.

Karlhofer, Bachler, Schwerzler (2006) ergänzen die Perspektive von GemeindevertreterInnen: Insgesamt wird der Jugendbeteiligung eine hohe Bedeutung zugeschrieben, sie habe aber in der Kommunalpolitik noch keinen angemessenen Stellenwert. Die GemeindevertreterInnen berichten von Anfangsschwierigkeiten und fehlender Akzeptanz – sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Erwachsenen. An Gründen wird einerseits die Unbeständigkeit der Jugend angeführt, andererseits die Ungeduld der Erwachsenen in Verbindung mit fehlender professioneller Unterstützung.

Aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen herrscht im Gegenzug oft die Erfahrung vor, dass ihre Bedürfnisse und Wünsche nicht gehört werden – was eventuell auch ein Grund für oder Auslöser von Politikverdrossenheit ist (vgl. Schoibl 2003).

Von Beate Großegger (2011b) kann ergänzend zitiert werden, dass die heutige Jugend oft „visionslos“ wirke: Während gesellschaftliche Utopien vielfach fehlen, stehen kurzfristige Ziele stärker im Vordergrund.

„Anstatt zu viele Gedanken an eine unsichere, weil nicht planbare Zukunft zu verschwenden, konzentrieren sich Jugendliche lieber auf das Hier und Jetzt. Auch wenn es um Politik geht, punkten vor allem jene Themen, die bei konkreten Fragen der aktuellen Lebenssituation anschließen: die einen interessiert, welche Chancen sie persönlich haben, eine (für sie) attraktive Lehrstelle zu finden, die anderen beschäftigt das Parkpickerl, [...] und für dritte sind die Studiengebühren, der Ausländeranteil im Gemeindebau oder was auch immer momentan gerade besonders wichtig.“ (Großegger 2011b: 9)

Beteiligungsförderung sollte dort ansetzen wo die Zusammenhänge zwischen der Institutionenpolitik und den tatsächlichen Lebensvollzügen deutlich sind. Aus konkreten Teiligungsprojekten berichten ExpertInnen, dass unter den teilnehmenden Jugendlichen und Erwachsenen – VertreterInnen von Stadtverwaltungen oder der Politik – durchaus Überraschung herrscht, wenn im Zuge des Kennenlernens und des Austausches festgestellt werden kann, dass das miteinander Reden offenbar völlig problemlos möglich ist. Jugendliche sind ihrerseits froh, dass ihnen und ihren Ideen Gehör geschenkt wird und dass sie ernst genommen werden.

Als einen Ansatzpunkt für innovative politische Bildung und Beteiligungsförderung nennt Beate Großegger die bessere Kommunikation des Nutzens der Angebote sowie eine stärkere Beachtung der Zielgruppensegmentierungsansätze, damit die Politikdistanzierten erreicht werden können und es dieser Gruppe ermöglicht wird, sich einzubringen (vgl. Großegger 2008).

Von ExpertInnenseite wird immer wieder betont, dass die Etablierung von systematischen Teiligungsprozessen wichtig sei, nicht nur der punktuelle Einsatz von partizipativen Elementen. Allerdings ist dabei zu beachten, dass nur wenn Jugendbeteiligung den Jugendlichen konkrete Erfolgserlebnisse vermittelt, auch erwartet werden kann, dass die Jugendlichen ihr Engagement fortsetzen. Um dies zu garantieren, ist es hilfreich, sich vom gängigen Effektivitätsdenken zu lösen und neue Ziele zu definieren. Heinz Schoibl (2003) betont hier, dass auch unspektakuläre Maßnahmen geeignete Ziele, Anknüpfungspunkte und Methoden der Jugendbeteiligung sind und plädiert dafür, Jugendbeteiligungsprojekte vor überzogenen Erwartungen und vor hohem Erfolgsdruck zu schützen. Das ist nicht immer leicht, weil dadurch einerseits der Imagewert für PolitikerInnen und das damit verbundene Interesse sinkt und es andererseits schwieriger ist, für kleinere und unspektakuläre Maßnahmen Aufmerksamkeit und finanzielle Mittel zu sicherzustellen (vgl. Schoibl 2003).

Ergänzend merkt Heinz Schoibl an, dass Jugendbeteiligung nur funktioniert, wenn diese in das Netz der örtlichen und regionalen Jugendarbeit integriert ist. Daraus folgt, dass Ansätze der Jugendbeteiligung automatischer Bestandteil der verbandlichen und der offenen Jugendarbeit werden müssen (vgl. Schoibl 2003).

Diese Forderungen nach mehr Integration können auch auf die Politik und die Verwaltung ausgeweitet werden:

„Jugendliche haben ihren Eltern, Pädagogen/-innen, Jugendarbeiter/-innen und vor allem Politikern/-innen eines voraus: Sie denken – trotz regional divergierender Bedürfnisse – nicht in Gemeindegrenzen, Schulsprengeln, Bezirksstrukturen oder kompetenzrechtlichen Zuständigkeiten. Jugendliche haben einen natürlicheren und offeneren Zugang. Das Kirchturm-Denken ist Jugendlichen fremd.“ (Grossmann 2011: 59)

Aus diesen Bedingungen und aus der Tatsache, dass das Angebot zunehmend größer wird, ergibt sich eine besondere Wichtigkeit für ein professionelles Schnittstellenmanagement.

#### **4.4 Kommunikation mit Jugendlichen**

Nach Beate Großegger (2011a) ist grundsätzlich von einem veränderten Verhältnis zwischen Jugendlichen und Erwachsenen auszugehen, was gerade für den Bereich der Beratung starke Auswirkungen hat. Unter dem Schlagwort „Selbstsozialisation“ lässt sich das Phänomen beschreiben, dass die Weltaneignung der Jugendlichen „immer weniger von der Lebenserfahrung bzw. der Lebensweisheit der älteren Generation inspiriert“ ist. Vielmehr stellen die Gleichaltrigen die relevanten Wertekataloge sowie die der Zeit und den Situationen angemessenen Identitäts- und Deutungsmuster auf.

„Diese Abkehr von der Orientierung an der Lebensweisheit der Älteren und die Hinwendung zu lebensweltlichem Wissen und in den Lebenswelten Jugendlicher erprobten Erfahrungen hat natürlich Konsequenzen für die Rolle Erwachsener [...] und sie stellt neue Herausforderungen an eine aus Sicht Jugendlicher zeitgemäße Gestaltung pädagogischer Situationen. [...] Jugendliche sehen die pädagogische Rolle der Erwachsenen anders: Sie wünschen sich ein Bereitstellen von Rahmenbedingungen für Selbstgestaltung und – bei kniffligeren Lebensfragen – ein ‚coaching on demand‘.“ (Großegger 2011a, 207)

Auch in der Jugendstudie für Wolkersdorf wird dies ausgeführt (Institut Brunmayr 2009): Vom Wolkersdorfer Jugendreferenten und dem Jugendbürgermeister wird vor allem Unterstützung gewünscht, eigene Ideen und Wünsche bzw. auch eigene Initiativen durchzusetzen und um für die Umsetzung von Jugendveranstaltungen die Hilfe der Gemeinde zu bekommen.

Das heißt u.a. für die Jugendpolitik, einerseits umfassende Rahmenbedingungen zu schaffen und sich aber gleichzeitig nicht einzumischen und die veränderte Beziehungskultur zu respektieren:

„In unserer Gesellschaft werden private Beziehungen [...] als privat gesehen. Erwartet wird, dass sich die Politik hier möglichst wenig einmischet. [...] Dessen ungeachtet hat Jugendpolitik aber die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Jugendliche Beziehungen in der Familie, im Freundeskreis, in der Schule, am Arbeitsplatz etc. positiv erleben können – gelingen kann dies, wenn Jugendpolitik als Querschnittsmaterie angelegt wird, d.h. dass alle Politikbereiche, die in irgendeiner Form in den Alltag der Jugendlichen hineinwirken, auf eben diese Auswirkungen, aber auch auf ihre Kompatibilität mit den Bedarfslagen und den Bedürfnissen von Jugendlichen hin überprüft werden.“ (Großegger 2011a, 224)

ExpertInnen empfehlen PolitikerInnen häufig und aktiv mit den Jugendlichen in der Gemeinde zu kommunizieren und die Kommunikation vor allem nicht an andere zu delegieren. Jugendliche reagieren besonders auf soziale Angebote, Events und Unterhaltung. Bei der Kommunikation mit Jugendlichen ist auf Unterschiede im Kommunikationsverhalten zwischen Jugendlichen und anderen Zielgruppen einzugehen (vgl. z.B. Schoibl 2003).

Als beliebte Informationsmedien zum Thema Freizeit und Veranstaltungen erweisen sich Plakate, Flugzettel und SMS/MMS. Da der Großteil der Jugendlichen regelmäßigen Zugang zum Internet hat, wird die Kommunikation mittels sogenannter neuer Medien als zentral gesehen (vgl. Institut Brunmayr 2009 und Hartwig 2009). Allerdings gilt auch hier, dass das Handlungserfordernis nicht bei den Jugendlichen liegt: Selbst auf Homepages (z.B. der Gemeinde) nach Informationen oder Veranstaltungen suchen zu müssen, ist wenig beliebt (vgl. Hartwig 2009).

Die kleine Gruppe, die sich durch überdurchschnittliches Politikinteresse hervor tut und teilweise selbst erfolgreich jugendrelevante Themen in die Medien bringt, muss die Zielgruppe von PolitikerInnen sein. Auf diese Gruppe kann zugegangen werden, ihre Anliegen müssen ernst genommen werden. Ansonsten ist es aus der Sicht Beate Großeggers (2011b) nicht verwunderlich, „wenn Jugendliche so sind, wie sie eben heute großteils sind: überzeugte und dennoch passive DemokratInnen, skeptisch, was Gestaltungspotenziale der institutionellen Politik betrifft, und nur in sehr reduziertem Maße am politischen Mitgestalten interessiert.“ (Großegger 2011b: 21)

Politikferne Jugendliche könnten durch unkonventionelle Formen der Kontaktaufnahme erreicht werden, allerdings werden sich nicht alle Jugendlichen dadurch angesprochen fühlen (vgl. Diendorfer 2008). Schließlich kann es nö-



tig sein, Kinder und Jugendliche tatsächlich persönlich abholen zu müssen – etwa durch JugendarbeiterInnen. Aus dem Bereich der Kulturinformation schlägt Heinz Schoibl (2003) das Andenken von Strategien der Peer-Leader-Education vor, wie sie schon im Bereich der Risikokommunikation (Aids-Aufklärung, Antidrogen usw.) erfolgreich erprobt wurden.

Aber auch für die bzw. in der (politischen) Kommunikation gelten die Beschränkungen, die schon für die (politische) Partizipation gemacht wurden: Das Interesse der meisten Jugendlichen an Politik ist gering und die Skepsis gegenüber der institutionalisierten Politik mitunter sehr hoch. Des Weiteren ist zu beachten, dass sich Jugendliche auch in der Kommunikation Respekt und Wertschätzung erwarten.

Und wer die Beteiligung bzw. die Involvierung von Jugendlichen in die Kommune insgesamt oder in ein konkretes Projekt wünscht, muss sie aktiv ansprechen.

#### **4.5 Geschlechtsspezifische Herausforderungen**

Aus den analysierten Jugendstudien lassen sich immer wieder Hinweise auf Unterschiede in den Meinungen und Einschätzungen zwischen Mädchen und Burschen entnehmen. Christiana Hartwig (2009) und Institut Brunmayr (2009 und 2012a) machen in ihren Arbeiten Differenzen in den Schwerpunkten der Freizeitinteressen, im Beratungsinteresse und bei der Partizipation fest:

Während Burschen eher an Sportangeboten interessiert sind, werden kulturelle Angebote vor allem von Mädchen gewünscht. Auch liegt das sportliche Interesse bei Mädchen bei anderen Sportarten als jenes der Burschen (vgl. Hartwig 2009). Daher fordern ExpertInnen einen gendersensiblen Blick in der kommunalen Politik. Traditionell übliche Angebote, wie etwa ein Fußballplatz, decken lediglich die Wünsche eines Teiles der Jugendlichen – vor allem jene der Burschen – ab; viele Jugendliche – insbesondere die Mädchen – werden damit nicht erreicht. Fußballplätze sind auch ein Beispiel für die „Geschlossenheit“ verschiedener Angebote: Ein Fußballfeld ist einer bestimmten Nutzung gewidmet und kann nur schwer für viele andere Sportarten genutzt werden oder es verliert im Zuge „fremder“ Nutzung seine Qualität für das Fußballspielen.

Aus Niederösterreich gibt es die Befunde zum unterschiedlichen Ausmaß der Gemeinden, „ihre“ Burschen und Mädchen ins Gemeindeleben einzubinden; wiewohl der Unterschied in den Studienergebnissen nicht groß ist, sehen die AutorInnen die Folgen dieses geringeren Bemühens um die Mädchen: sie zei-

gen ein geringeres politisches Interesse und eine geringere Bereitschaft zum kommunalen Engagement (vgl. Institut Brunmayr 2012a).

Aus diesen Erkenntnissen resultiert die Empfehlung für die Jugendpolitik und Jugendarbeit, geschlechtssensibel vorzugehen. In den Aussagen von ExpertInnen, sei es nun in der Literatur oder in den geführten Interviews, ist die Forderung nach Geschlechtssensibilität in der Jugendpolitik und der Jugendarbeit klar: So soll ein gendersensibler Blick in der kommunalen Politik bereits in der Planung von Freizeitangeboten oder von öffentlichem Raum im Allgemeinen unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche berücksichtigen.

Für die konkrete Jugendarbeit wird in einem Interview gefordert, in Städten und Gemeinden explizite Mädchen- und Jungenarbeit zu verankern. Die Jugendarbeit per se ist nicht geschlechtssensibel und in der praktischen Arbeit zeigt sich laufend ein großer Bedarf an gendersensibler Arbeit. Explizite Mädchen- und vor allem Bubenangebote sind in den Städten aber selten.

## 5 Ausgewählte Praxisbeispiele der Kinder- und Jugendarbeit

In der Umsetzung dessen, was die Jugendpolitik ermöglicht, ist eine Vielzahl an AkteurInnen involviert, die in unzähligen Projekten und Maßnahmen Jugendarbeit leisten. Im vorliegenden Kapitel sind Praxisbeispiele angeführt, die die Bemühungen der Kommunen oder Länder verdeutlichen. Je nach der Bedeutung für die kommunale Ebene sind die Darstellungen der Praxisbeispiele eher ausführlicher oder eher kurz gehalten.

Auf die verschiedenen Arten der Jugendarbeit – offene und verbandliche, schulische und außerschulische – wurde bei der Auswahl der Beispiele nicht eingegangen.

Ganz allgemein ist voraus zu schicken, dass sich für alle Handlungsfelder unzählige Praxisbeispiele finden lassen; das vorliegende Kapitel versammelt nur eine sehr kleine Auswahl. Nichts desto trotz sind die vorgestellten Initiativen eine gute Illustration der Inhalte, aber auch der Vielfalt der Angebote, und enthalten vielleicht die eine oder andere Anregung. Bei der Auswahl der Beispiele wurde auf eine gewisse regionale Streuung geachtet sowie auf eine gute Dokumentation auf den Projekthomepages.

Besonders hinweisen möchten wir auf das Praxisbeispiel „Jugendschutz auf dem sicheren Weg“; dieses ist der Publikation „Impulse. Handbuch für Jugendarbeit – Projekte in Gemeinden und Regionen“ von Akzente Salzburg entnommen (vgl. Akzente Salzburg et al. o.J.). In diesem Text ist eine Reihe von Projekten der Jugendarbeit aus Salzburger Gemeinden und Regionen dargestellt. Jedes Projekt ist anhand eines Projektsteckbriefes vorgestellt, der auch die Gliederungspunkte „Stolpersteine“ und daraus resultierende Empfehlungen enthält. Eine solche offene Darstellung von Schwierigkeiten in Projekten durch die Projektbeteiligten selbst konnte in der Literaturrecherche zu vorliegendem Bericht ansonsten nicht gefunden werden. Im Praxisbeispiel „Jugendschutz auf dem sicheren Weg“ haben wir diese „Stolpersteine“ angeführt.

### 5.1 Freizeit

#### **points4action Graz (Steiermark)**

In 13 Grazer SeniorInnenheimen laden BewohnerInnen Jugendliche ein, sie zu besuchen und mit ihnen ab und zu die Freizeit zu gestalten und zu verbringen. Die Initiative richtet sich an Jugendliche von 13 bis 19 Jahren. Ziel des Projektes ist Begegnung und Bewegung zwischen Jung und Alt zu ermöglichen.

- Die teilnehmenden Jugendlichen besuchen für ein bis zwei Stunden eine

Bewohnerin/einen Bewohner eines Heimes.

- Die Jugendlichen können mit den PensionistInnen je nach Interesse gemeinsam z.B. Schach oder Karten spielen, spazieren gehen oder einkaufen, musizieren, basteln etc.
- Für eine Besuchsstunde gibt es einen Punkt für den Points4action-Pass. Für einen Punkt erhalten die Jugendlichen einen Tageseintritt in alle Grazer Stadtbäder, für zwei Punkte eine Kinokarte, usw.

URL: <http://points4action.at/startseite/> abgerufen am 04.06.2013

### **Jugendschutz auf dem sicheren Weg, Landeck in Tirol (Tirol)**

Im Rahmen des Projekts wurden unterschiedliche Maßnahmen zur Bewusstmachung und Bewusstseinsbildung zum Thema Jugendschutz unter Einbeziehung der Bevölkerung durchgeführt. Eltern, UnternehmerInnen, Schulen, kommunalpolitische Gremien und Jugendliche selbst sollten so über die Jugendschutzbestimmungen aufgeklärt und zur Umsetzung der Vorgaben animiert werden.

Am Projekt war eine Vielzahl von AkteurInnen beteiligt, neben dem Bürgermeister und einer Projektgruppe aus BürgerInnen und Jugendlichen etwa die Abteilung für Jugendarbeit des Landes Tirol, die Suchtpräventionsstelle kontakt+co sowie MitarbeiterInnen weiterer Suchtpräventionsstellen und eine mobile Gemeindejugendberaterin.

Im Zeitraum Mai 2005 bis Juni 2006 wurden folgende Einzelmaßnahmen durchgeführt:

- fünf Projektteamsitzungen
- zwei Pressekonferenzen
- „Mystery Shopping“ in den Handelsbetrieben (durch die Exekutive begleitete Testeinkäufe durch Jugendliche)
- Eine Straßenbefragung (ca. 200 Personen in der Haupteinkaufsstraße von Landeck)
- eine offizielle Auftaktveranstaltung (150 TeilnehmerInnen, vorwiegend Jugendliche)
- eine Sitzung mit Vereinsobleuten der Stadt Landeck
- ein Elternabend (sehr geringe Resonanz)
- die Teilnahme und Mitwirkung bei anderen Veranstaltungen (z.B. Ausschank von alkoholfreien Cocktails)

Als Erfolg des Projektes kann gesehen werden, dass die in einer Arbeitsvereinbarung festgelegten Punkte umgesetzt wurden und das Thema vor allem auch medial

präsent war. Als kritisch hat sich die Zusammenstellung der Projektgruppe herausgestellt, da es zum Teil am Interesse fehlte, über die Sitzungen hinaus aktiv zu werden, zudem litten die Teamaktivitäten am Zeitmangel der Mitglieder. Auch parteipolitisch motivierte Animositäten, die das Gemeinschaftsgefühl in der Projektgruppe beeinträchtigten, spielten hier eine Rolle.

Akzente Salzburg et al. (Hrsg.): Impulse. Handbuch für Jugendarbeit – Projekte in Gemeinden und Regionen. Verlag Akzente, Salzburg. S. 28-30.

### **YOUKI Wels (Oberösterreich)**

YOUKI findet seit 1999 ein Mal jährlich in Wels statt und ist Österreichs größtes, internationales Jugend Medien Festival. Neben dem Wettbewerbsprogramm bietet YOUKI vielfältige Programmpunkte zur vertiefenden – sowohl praktischen als auch theoretischen – Auseinandersetzung mit Film und Medien.

- Es gibt einen internationalen Filmwettbewerb, der jährlich rund 80 Kurzfilme junger RegisseurInnen zwischen 10 und 26 Jahren umfasst. Es werden Filme in unterschiedlichen Formen, Genres und Formaten gezeigt.
- YOUKI möchte nicht nur Unterhaltung bieten, sondern als (selbst-)kritisches Jugendmedienfestival auch Möglichkeit zu Diskurs und Diskussion. Daher wird im Anschluss an die Filme für das Publikum die Möglichkeit zum Gespräch mit den anwesenden FilmemacherInnen geboten.
- Im Rahmen der YOUKI Nightline gibt es ein umfangreiches Konzert- und DJ-Angebot als Ergänzung zum Medienfestival.
- Jährlich werden außerdem drei Workshops zu medienbezogenen Themen sowie umfangreiche Vermittlungsprogramme für Schulklassen angeboten.
- Es werden zusätzlich auch öffentliche Filmscreenings, Partys, Veranstaltungen, Lectures sowie Workshops organisiert.
- YOUKI fungiert auch als Plattform zum kreativen Austausch von jungen Film- und MedienmacherInnen.
- Das Festival wird ausschließlich von jungen Menschen organisiert.

URL: <http://www.youki.at/index.php?m=1&l=de> abgerufen am 28.05.2013

### **V<sup>3</sup> – Vandalismus – Vorurteile – Vorbild (Vorarlberg)**

Das Projekt wurde im Jahr 2008 gemeinsam von der Offenen Jugendarbeit Hard und Lauterach aufgrund einer Zunahme von Vandalismus im öffentlichen Raum initiiert und hatte unter anderem den Abbau von Vorurteilen zum Ziel, da Jugendliche unter Umständen durch Vorurteile zu (weiterem) abweichenden Verhalten

provoziert werden. Außerdem wurde die Förderung von Zivilcourage und die Bewusstmachung der Vorbildwirkung von Erwachsenen angestrebt.

Im Rahmen des Projekts wurden neue Strategien und Methoden ausprobiert und auch die Zielgruppe durch die Einbeziehung von Gemeinde, Schule, Polizei, Bevölkerung usw. erweitert.

Folgende Aktivitäten wurden innerhalb eines Jahres gesetzt:

- Boxsäcke in Jugendtreffs (zum „Dampf ablassen“ und zur Thematisierung von Vorurteilen)
- Plakataktion zu Vorurteilen (kreative Auseinandersetzung mit der Frage „Wie möchten wir wahrgenommen werden?“)
- Pappjugendliche (Signalisierung des Anspruches auf Nutzung des öffentlichen Raums)
- Umgangsanleitung (Flyer für Erwachsene, der Erwachsenen Mut zur Auseinandersetzung mit Jugendlichen machen soll)
- Mobile V<sup>3</sup>-Station (zum Kontaktaufbau mit Jugendlichen, die sonst kaum erreicht werden; u.a. Schreistation mit Dezibelmesser, Bank zum Ritzen, usw.)
- Öffentlichkeitsarbeit (Präsentation für die breite Öffentlichkeit)
- Graffiti Workshops (Sprühen im legalen Rahmen)
- Sportliche Aktionen (z.B. Streetsoccerturnier)
- Schulworkshops zu Gewalt und Sucht

Das Projekt zählte zu den Preisträgern der „SozialMarie 2009“ und wurde im Folgejahr als V<sup>3</sup>-Frischlucht mit dem Schwerpunkt der Schaffung von Freiräumen und mobilen Rückzugsorten für Jugendliche fortgesetzt.

URL: <http://www.boja.at/index.php/gute-projektideen/konzepte-gesundheit-und-praevention/158-vs-vandalismus-vorurteile-vorbild.html#.UP-3hPJtwro> abgerufen am 18.04.2013

## 5.2 Mobilität

### **Luftibus – Kinder- und Jugendmobilität im Grazer Süden (Steiermark)**

Das Projekt umfasst Maßnahmen zum Schulischen Mobilitätsmanagement in den Volksschulen der zwei Grazer Umlandgemeinden Pirka und Hausmannstätten sowie in den Volksschulen Murfeld und Engelsdorf im Grazer Süden. Neben umfangreichen Aktivitäten mit Eltern und LehrerInnen wird den VolksschülerInnen durch verschiedenste Aktionen (Mobilitätsuntersuchung vor Ort, Spiele, Mobilitäts-

erhebungen usw.) umweltfreundliches Mobilitätsverhalten nahe gelegt.

Ein besonderer Schwerpunkt war die Entwicklung eines sogenannten „Luftibusses“. Dabei wird in einer Gehgemeinschaft gemeinsam zur Schule gegangen. An vorher festgelegten „Haltestellen“, also Treffpunkten, können Kinder sich der Gehgemeinschaft anschließen, in den Luftibus also „zusteigen“.

Ziel der Maßnahme ist es, so viele Kinder wie möglich zum zu Fuß gehen zu motivieren. Auch Kinder, die weiter weg wohnen, können bis zu einer solchen Haltestelle gebracht werden, um dann noch ein Stück zu Fuß zur Schule zu gehen.

Weiters gibt es ein Beratungsangebot für Eltern bzw. Verwandte betroffener Jugendlicher.

URL: <http://www.ubz-stmk.at/projekte/index.php?cmid=1392> abgerufen am 16.08.2013

#### **Offene Jugendarbeit – macht mobil! (Steiermark)**

Gemeinsam mit der Offenen Jugendarbeit in Graz hat der Steirische Dachverband der Offenen Jugendarbeit das Projekt „Offene Jugendarbeit – macht mobil!“ mit Vorbildfunktion im Bereich der sanften Mobilität gestartet. Ziel ist es, Jugendliche für bewusste und intelligente Verkehrsmittelwahl in Hinblick auf Umwelt- und Klimaschutz zu sensibilisieren.

Über die bestehenden „Info POINTS“ in den Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit werden schriftliche Informationen über sanftes und nachhaltiges Mobilitätsverhalten aufgelegt und durch die MitarbeiterInnen der Offenen Jugendarbeit an Jugendliche vermittelt.

Weiters gibt es eine gemeinsame Nutzung von Lastenfahrrädern durch die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit und Jugendliche; dadurch sollen Jugendlichen und Erwachsenen die Vorteile des Radfahrens in der Stadt gezeigt werden.

URL: <http://www.dv-jugend.at/projekte/oja-macht-mobil/> abgerufen am 16.08.2013

### **5.3 Politik und Partizipation**

#### **Du bist gefragt – Lustenauer Jugendbeteiligungstage (Vorarlberg)**

Jugendliche werden eingeladen, Projektideen zu entwickeln, die anschließend in begleiteten Projektgruppen umgesetzt werden.

Das Projekt wird alle zwei Jahre durchgeführt und läuft in drei Phasen ab:

- Planungsphase – sieben Monate: Planung der Jugendbeteiligungstage durch

ein Team von Jugendlichen und Erwachsenen.

- Ideenfindung und Entscheidung – zwei Tage: Die Jugendlichen der Gemeinde werden eingeladen, Ideen zu jugendrelevanten Projekten zu entwickeln, darüber zu entscheiden und anschließend zu konzipieren.
- Umsetzung – ca. ein Jahr: Umsetzung der Ideen durch die Jugendlichen mit Unterstützung eines professionellen Projektcoaches.

URL: <http://cfy.at/jmt/content/id/1> abgerufen am 12.04.2013

### **Kapfenberger Kindergemeinderat (Steiermark)**

In Kapfenberg gibt es seit 1992 einen Kindergemeinderat mit dem Ziel, die Kinderfreundlichkeit von Kapfenberg weiter zu erhöhen und sich für die Anliegen und Wünsche der jüngeren Generation einzusetzen.

- Insgesamt sind 32 Mädchen und Buben im Alter zwischen 8 und 13 Jahren beteiligt, alle Mitglieder sind gleichberechtigt.
- Der Kindergemeinderat wird für ein Jahr gewählt und trifft sich acht Mal im Jahr.
- Die Projekte und deren Ergebnisse werden jährlich im Rahmen einer Abschlussitzung präsentiert, bei der neben BürgermeisterIn, Stadt- und GemeinderätInnen auch die Presse und die Familien der Kinder eingeladen werden.

Zu den Erfolgen des Kindergemeinderates in Kapfenberg zählen unter anderem die Durchsetzung umweltgerechter Verpackung der Speisen eines Fast-Food-Restaurants, die Mitgestaltung des Abenteuerspielplatzes in Walfersam, die Erstellung eines Stadtplanes für Kinder, die Gestaltung eines Kapfenberger Wirtschaftsspiels und eines Memory-Spiels, diverse Filmproduktionen, Kinderflohmärkte, Spendenaktionen und die Herausgabe einer Kinderzeitung.

URL:

<http://www.kapfenberg.gv.at/system/web/gemeindebetrieb.aspx?menuonr=220390935&detailonr=220390979> abgerufen am 28.05.2013

### **FrageRaum Politik (Vorarlberg)**

Der FrageRaum Politik wird vom Jugendinformationszentrum Vorarlberg mehrmals jährlich in unterschiedlichen Städten und Gemeinden durchgeführt und richtet sich an 15- bis 19-jährige Jugendliche. Eine Veranstaltung dauert einen Vormittag oder Nachmittag. Ziel des Projekts ist es, dass die Jugendlichen mit PolitikerInnen in Kontakt kommen und die Möglichkeit haben, Fragen und Themen ihrer Wahl zu diskutieren. Dadurch soll Politik greifbar und außerdem die Informationskompetenz



und Dialogfähigkeit der Jugendlichen gefördert werden.

- Nach einem kurzen Einstieg zum Thema Politik erarbeiten jeweils 15 bis 20 Jugendliche gemeinsam mit erwachsenen ModeratorInnen in vier „FrageRäumen“ Fragen. Diese werden dann an je eine Politikerin/einen Politiker der vier im Landtag vertretenen Parteien gerichtet. Die PolitikerInnen wechseln die „FrageRäume“, bis sie in jedem „FrageRaum“ ein Mal zu Gast waren.
- Im anschließenden gemeinsamen Plenum können persönliche Fragen an die PolitikerInnen gestellt werden.
- Moderiert wird die Veranstaltung von zwei Jugendlichen und einer erwachsenen Co-Moderatorin.

Die Idee zu dieser Veranstaltung stammt von Jugendlichen selbst, die PolitikerInnen einmal persönlich kennenlernen wollten.

URL: <http://www.aha.or.at/leben-a-z/politik/vorarlberg/frageraum-politik> abgerufen am 28.05.2013

## 6 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Das vorliegende Kapitel fasst die wichtigsten Ergebnisse aus allen Erhebungen zusammen; ergänzt wird dies durch einige Schlussfolgerungen für die Arbeit auf kommunaler Ebene.

### **(Konsumfreie) Frei- und Grünräume: Aufenthaltsqualität und partizipative Planung**

In der kommunalen Jugendpolitik und Jugendarbeit ist Freizeit neben Mobilität und Partizipation eines der drei wesentlichsten Themen. Im Bereich Freizeit nimmt die Frage des (öffentlichen) Raumes, der den Jugendlichen zur Verfügung steht, viel Platz ein. Freiraum ist dabei in einem weiteren Sinne zu verstehen: Ein tatsächlicher Raum in einem Gebäude, der Raum auf der Straße und auch der öffentliche Grünraum gehören dazu. Im Sinne eines Aufenthaltsraumes müssen hier wohl auch Einkaufszentren und ähnliche, nicht-öffentliche Orte mitgedacht werden, als Räume, die Jugendliche gerne frequentieren, ob sie dort nun etwas kaufen bzw. konsumieren oder nicht.

Für die Jugendlichen in Städten und Gemeinden stellen sich unter anderem folgende Fragen: Wo sind wir unter uns? Wo können wir uns aufhalten und werden nicht reglementiert, beobachtet oder gar verjagt? Wo sind Grünflächen, die wir auch betreten dürfen und die Aufenthaltsqualität bieten?

Jugendlichen die Nutzung adäquater Räume zu ermöglichen, ist nicht nur Ausdruck der Wertschätzung der Politik gegenüber den jungen BürgerInnen, es vermeidet auch Konflikte und ermöglicht die Integration in die Kommune.

Für die Kommunen stellt sich die Frage, ob es genügend solcher Freiräume gibt und wie qualitativ diese sind. Empfehlenswert ist es, die Raumsprüche von Jugendlichen bereits in der Planungsphase von öffentlichen Räumen mit einzubeziehen, um späteres Konfliktpotenzial zu vermeiden.

### **Vereine: kein Jugendangebot?**

Je nach Erhebung unterschiedlich sind die Befunde über die Attraktivität und die Nutzungsintensität der Vereinsangebote, insbesondere der Sportvereine. Einige ExpertInnen weisen darauf hin, dass ab einem bestimmten Alter – hier werden unterschiedliche Angaben gemacht – einerseits das Interesse der Jugendlichen an den Vereinsangeboten nachlässt und andererseits andere Verpflichtungen zunehmen. Die freie Zeit der Jugendlichen wird weniger, vor allem mit Einsetzen der Berufstätigkeit. In diesem Zusammenhang ist auch zu bedenken, dass Vereine teils keine expliziten Angebote für Jugendliche bedeuten, sondern allen Altersgruppen offenstehen. Gerade in kleinen Gemeinden wird ihre Bedeutung für die Jugend aber trotzdem hoch geschätzt.

### **Jugendzentren: wichtiges Angebot für besondere Zielgruppen und Potenzial zur Selbstorganisation**

Die Befunde der vorliegenden Erhebung zu den Jugendzentren oder Jugendtreffs sind zwiespältig: Jugendstudien, die sich mit diesem Thema befassen, sprechen oftmals von geringer Nutzung und geringer Attraktivität dieses Angebots für die Jugendlichen; weite Teile der befragten Jugendlichen kennen keine solchen Zentren oder Treffpunkte und im Vergleich mit der Vergangenheit ist die Nutzung offenbar rückläufig. In den ExpertInnengesprächen zeigt sich hingegen großes Zutrauen gegenüber den Jugendzentren, für bestimmte Gruppen von Jugendlichen ein gutes und wichtiges Angebot zu sein. So ist beispielsweise für einkommensschwache Schichten das kostenlose Angebot eines Jugendzentrums attraktiv; für Mädchen bieten spezielle Mädchenzentren das besondere Angebot eines männerfreien Raumes.

In diesem Zusammenhang wird von ExpertInnenseite auch angemerkt, dass als Ergänzung zu Top-Down-Prozessen, in denen Jugendzentren in der Regel organisiert sind, auch Raum und Ressourcen für die Selbstorganisation der Jugendlichen bestehen sollte, was insbesondere für die jugendkulturelle Entfaltung eine wichtige Rolle spielt.

### **Einkaufszentren: zunehmend beliebt und nicht nur Konsumräume**

Zunehmend beliebter bei den Jugendlichen wird es, die Zeit in Einkaufszentren zu verbringen, einkaufen zu gehen usw. Der Sportplatz, der Jugendtreff oder sonstige Vereinslokale verlieren demgegenüber an Attraktivität und an Bedeutung. Nicht alle Jugendlichen jedoch haben so viel Geld und/oder wollen (immer nur) konsumieren. Weiters sind vielen Jugendlichen auch manche jugendspezifische Angebote zu teuer, daher wünschen sie sich (mehr) konsumfreie Räume.

ExpertInnen verweisen auch darauf, dass der oft von den Jugendlichen geäußerte Wunsch nach Einkaufszentren oder Einkaufsstrassen nicht auf den Konsumaspekt reduziert werden darf. Ein Shopping Center ist auch eine Art öffentlicher Raum, in dem Selbstdarstellung und Kontakt – „sehen und gesehen werden“ – möglich ist.

### **Freizeitangebote: gendersensibel und partizipativ erarbeitet**

Für die Kommunen ebenfalls relevant sind die Unterschiede bei den bevorzugten Inhalten der Freizeitgestaltung zwischen Burschen/jungen Männern und Mädchen/jungen Frauen. Die Differenzen erstrecken sich über Sportarten, kulturelle Aktivitäten, Mode und Unterhaltung. In der kommunalen Jugendpolitik und Jugendarbeit ist Gendersensibilität daher ein wichtiger, zu beachtender Aspekt. Kein Unterschied zwischen den Geschlechtern besteht hingegen dar-

in, dass Jugendliche in ihrer Freizeit gerne FreundInnen treffen bzw. ihre Aktivitäten gemeinsam mit ihnen setzen.

Positiv wirkt sich auch die partizipative Erarbeitung der Inhalte der Freizeitangebote durch die Kinder und Jugendlichen selbst aus. Dabei sind die vielleicht unerwarteten und ungewöhnlichen Interessen der Kinder und Jugendlichen zu respektieren, ebenso auch die Kurzlebigkeit der Ergebnisse. Schließlich haben die heute 14-Jährigen eventuell andere Bedürfnisse als die heute 16-Jährigen zwei Jahre davor hatten.

### **Mobilität: wechselnde Ansprüche und (noch) multimodal**

Die grundlegenden Einflussfaktoren auf das Mobilitätsverhalten sind die Größe der Stadt bzw. Gemeinde und das Alter. Je nach dem haben Kinder und Jugendliche andere Ansprüche bzw. finden sie andere Bedingungen vor. Ein mögliches Problemfeld ist die Versorgung mit öffentlichem Verkehr in schulfreien Zeiten, abends und nachts.

Neben der Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln aus quantitativer Sicht sollten aber auch qualitative Aspekte beachtet werden: Teils fühlen sich Kinder und Jugendliche in öffentlichen Verkehrsmitteln – so wie im öffentlichen Raum generell – wenig respektiert und wertgeschätzt.

Kinder und Jugendliche sind multimodal unterwegs: Sie benutzen Fahrräder, öffentliche Verkehrsmittel und PKW (gelenkt von erwachsenen Verwandten oder Bekannten) in einem ausgeglicheneren Verhältnis als alle anderen Altersgruppen. So werden etwa die Schulwege hauptsächlich mit Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt – jeweils alleine oder in Kombination. Im Freizeitverkehr steigt der Anteil des motorisierten Individualverkehrs: Hier unterstützen Eltern und andere Erwachsene die Mobilität der Kinder und Jugendlichen.

Möchte man Jugendliche zu einer umweltbewussten Verkehrsmittelwahl motivieren, ist zu beachten, dass hier die Vorbildfunktion der eigenen Eltern und anderer Erwachsener eine wesentliche Rolle spielt.

### **(Politische) Partizipation: was ist möglich?**

Im Themenkomplex (politische) Partizipation von Jugendlichen ist auf der Seite der Jugendlichen große Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit von Engagement und den tatsächlichen Möglichkeiten dazu festzustellen. Von ExpertInnen aus Wissenschaft und Jugendarbeit wird der letzte Aspekt unterstrichen: Da es bei der Einbindung von Jugendlichen in (politische) Entscheidungen auch um das Aufbrechen bestehender Machtstrukturen und das Abgeben von Macht geht, wird sie teils nur zögerlich ermöglicht und bleibt manchmal bei bloßer Information oder dem Abfragen von Wünschen und dergleichen stehen.

Das Ausmaß von Partizipation und Engagement hängt stark vom Bildungsniveau der Jugendlichen sowie vom Bildungshintergrund der Eltern ab: So sind das grundsätzliche Interesse an Politik, die Häufigkeit, mit der Gespräche über politische Themen geführt werden sowie die konkrete Partizipationsbereitschaft bei Jugendlichen aus bildungsnahen Elternhäusern und mit eigener höherer Bildung deutlich stärker ausgeprägt. Auch die Einstellungen gegenüber Demokratie, Politik und PolitikerInnen sowie gesellschaftspolitische Einstellungen sind davon stark geprägt.

Je nach dem Ausmaß ihres politischen Interesses kann bei den Jugendlichen eine Gruppe an politisch Aktiven identifiziert werden, die allerdings eine kleine Minderheit darstellt. Weiters gibt es jene, die sich politisch informieren, in den Medien die politische Berichterstattung verfolgen; selbst werden diese Jugendlichen aber nicht aktiv, den Institutionen der Politik stehen sie kritisch gegenüber. Eine dritte Gruppe wird in der Jugendforschung als die „Pseudo- Informierten“ beschrieben. Sie sind insgesamt nur oberflächlich informiert; höhere Aufmerksamkeit schenken sie der Politik vor Wahlen und bei besonderen Ereignissen. Die politisch distanzierten Jugendlichen sind die vierte Gruppe in dieser Kategorisierung; sie zeigen durchaus selbstbewusst ihre Politikverdrossenheit.

### **Erfolgreiche Partizipation: respektvoller Umgang und Nähe zur Lebensrealität**

Erfolgreich kann Partizipation dann sein, wenn ein Anliegen nahe an der Lebensrealität der Jugendlichen ist und wenn Jugendliche erfahren, dass sie in diesem Prozess ernst genommen werden. Die Jugendlichen sind als ExpertInnen ihrer Lebenswelt zu respektieren und sollen daher auch tatsächlich in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Dabei ist es wichtig, dass von Anfang an das Ausmaß klargelegt wird, in dem die Beiträge der Jugendlichen schlussendlich berücksichtigt werden, um keine falschen Erwartungen zu wecken. Weiters wird von ExpertInnen Kontinuität und Professionalität in Bearbeitung und Begleitung gefordert: Idealerweise sollte dabei eine Zusammenarbeit zwischen aktiven Erwachsenen, die von Beginn an involviert sind, sowie externen ProfessionistInnen stattfinden. Wichtig ist ebenso, dass ein Ende bzw. das Ergebnis des einzelnen partizipativen Projekts absehbar ist. Eine Bindung auf lange Sicht ist hingegen für die meisten Jugendlichen nicht attraktiv. Damit bleibt auch die Bindung an eine politische Partei ein Minderheitenprogramm und wird womöglich zum Phänomen der Elitenbildung.

Ganz grundsätzlich sind Jugendliche als Subjekte und nicht als Objekte der Jugendpolitik wahrzunehmen. Ideal ist, nicht problemzentriert sondern potenzial- bzw. ressourcenorientiert an das Thema heranzugehen.

Erfolgsversprechend sind niederschwellige Ansätze und Möglichkeiten für Experimente ohne großen Erfolgsdruck und überhöhte Erwartungen. Projekte,

die sich hier als erfolgreich erwiesen haben, können dann auch wachsen. Als weniger überzeugend haben sich isolierte Einzelprojekte erwiesen; Aktivitäten, die einer mittel- oder längerfristigen Perspektive folgen und am besten in eine Strategie eingebunden sind, haben sich als wertvoller herausgestellt.

### **Für langfristige Beteiligung: Integration in die örtliche und regionale Jugendarbeit**

Von ExpertInnenseite werden hinsichtlich der Beteiligung oftmals die hohen Ansprüche bzw. die Erwartungen, die Erwachsene an Jugendliche stellen, kritisiert. Empfohlen wird stattdessen ein offener und prozessorientierter Zugang, der nicht zu stark auf mögliche Ergebnisse in Einzelprojekten fixiert ist. Vielmehr soll als Ziel eine langfristige, systematische Beteiligung angestrebt werden. Am besten funktioniert dies, wenn die Beteiligungsprozesse in die örtliche und regionale Jugendarbeit integriert sind.

Der Befund, dass die Nähe zur Lebensrealität ein Erfolgsfaktor von Partizipation ist, spricht für die Einbindung auf kommunaler Ebene: Hier ist der Bezug zur Lebenswelt besonders hoch. Aus Sicht von ExpertInnen gilt überdies, dass Partizipation auf der kommunalen Ebene (nicht unbedingt mit kommunalen Themen) ein wichtiger Beitrag für die Stärkung der generellen politischen Partizipation Jugendlicher ist. Im Vergleich mit übergeordneten politischen Institutionen genießen KommunalpolitikerInnen das größte Vertrauen unter jungen Menschen. Für das Interesse am politischen Geschehen (auf allen Ebenen) hat sich dabei Wissen über Aufgaben der politischen EntscheidungsträgerInnen als fördernd erwiesen, weshalb Gemeinden in Kooperation mit Schulen grundlegendes Wissen über Kommunalpolitik und Partizipation vermitteln sollten.

### **GemeindevertreterInnen: auf die Jugendlichen zuzugehen und AkteurInnen vernetzen**

Den Gemeinden ist zu raten, so häufig wie möglich auf die Jugendlichen zuzugehen und mit ihnen Kontakt aufzunehmen; diese Bemühungen sollten über die traditionellen Vereinsstrukturen hinausgehen. Verantwortlichen in Kommunen muss auch klar sein, dass die Jugendlichen kaum von selbst nach Informationen suchen werden (z.B. auf der Gemeindehomepage), sondern aktiv angesprochen werden müssen.

In vielen Gemeinden besteht offenbar ein Nebeneinander von Jugendarbeit, der Infrastruktur von Sportvereinen und offenen Freiflächen. Die Vernetzung und abgestimmte Planung dieser Initiativen bietet den Gemeinden die Möglichkeit, die Attraktivität der Freizeitangebote zu erhöhen.

Neben dieser Vernetzung der AkteurInnen und Initiativen der Jugendarbeit innerhalb der Gemeinde sind auch Partnerschaften mit Schulen, Betrieben,

Kulturanbietern und Vereinen zu suchen. Für den Informationsaustausch ist dabei die Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und Gemeindepolitik zentral. Aufgrund der hohen Mobilität der Jugendlichen sind aber auch über die Gemeindegrenzen hinaus Synergien zu heben.

Die vielfältigen Erfahrungen aus der Kinder- und Jugendpolitik bzw. -arbeit zeigen, dass – obwohl es sich vielfach um ein nachrangiges Politikfeld handelt – bei entsprechendem Engagement sehr vieles möglich ist.

## 7 Anhang

### 7.1 InterviewpartnerInnen

<b>Name</b>	<b>Organisation, Abteilung</b>
Walter Gruber	Stadt Graz, Amt für Jugend und Familie, Referat für Offene Kinder- und Jugendarbeit
Martin Hagen	koje (Koordinationsbüro für Offene Jugendarbeit und Entwicklung)
Daniela Köck	beteiligung.st
Maria Lettner	Österreichische Bundesjugendvertretung
Sabine Liebenritt	boja (Bundesweites Netzwerk offene Jugendarbeit)
Fritz Linsbauer	Gemeinde Langau
Olivia Mair	Mädchenzentrum Amazone
Rainer Schramayr	akzente Salzburg
Heinz Schoibl	Helix Forschungsberatung
Theresa Schweiger	poika
Gert Sturm	Stadt Villach



## 7.2 Literaturverzeichnis

Akzente Salzburg et al. (Hrsg.): Impulse. Handbuch für Jugendarbeit, Projekte in Gemeinden und Regionen, o.O., o.J.

Akzente Salzburg und Salzburger Landesjugendbeirat (Hrsg.) (2004): Impulse. Handbuch für Jugendarbeit, Salzburg.

Amt der oberösterreichischen Landesregierung (Hrsg.) (2004): Mit der Jugend. Erfolgreiche kommunale Kinder- und Jugendarbeit in OÖ, Linz.

Amt der oberösterreichischen Landesregierung (Hrsg.) (2004): Mit der Jugend. Erfolgreiche kommunale Kinder- und Jugendarbeit in OÖ, Linz.

BMSG (Hrsg.) (1999): 3. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. URL: <http://www.bmwfj.gv.at/Jugend/Forschung/jugendbericht/Seiten/Jugendbericht1999.aspx> (abgerufen am 11. März 2013)

BMWFJ (Hrsg.) (2011): Schlussfolgerungen der Sachverständigenkommission. In: 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich, Wien.

Deinet, Ulrich (2011): Jugendarbeit, regional und vor Ort. In: Land Steiermark, Fachabteilung 6A – Landesjugendreferat (Hrsg.) (2011): jugendarbeit: vor ort – Versuch einer interdisziplinären Auseinandersetzung. URL: [http://www.dv-jugend.at/fileadmin/user\\_upload/Pdfs/jugendarbeit\\_vor\\_ort\\_wertstatt10.pdf](http://www.dv-jugend.at/fileadmin/user_upload/Pdfs/jugendarbeit_vor_ort_wertstatt10.pdf) (abgerufen am 20.03.2013).

Diendorfer, Gertraud (2008): Jugendforderungen und -perspektiven. In: Demokratiezentrum Wien (2008): Abschlussbericht der ExpertInnengruppe 5 „Innovative Demokratie“. URL: [http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/innovative\\_demokratie\\_bericht.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/innovative_demokratie_bericht.pdf) (abgerufen am 19.03.2013).

Egg, Peter (2012): Partizipative Jugendstudie des Landes Tirol. URL: <http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/kinder-und-jugendliche/jugendreferat/downloads/Jugendstudie2012.pdf> (abgerufen am 31.01.2012). *Kurzinfo: In einer Online-Erhebung wurden 3403 Jugendliche zwischen 12 und 19 Jahren aus allen 279 Tiroler Gemeinden befragt, das sind 5 % aller TirolerInnen in diesem Alter. Als partizipativ wird die Studie deswegen bezeichnet, weil Jugendliche selbst bereits bei der Zusammenstellung der Fragen und auch in allen anderen Phasen der Studie eingebunden waren.*

Füssl, Elisabeth et al. (2012): Jugendliche: Lebensqualität, Verkehr & Mobilität. FACTUM OHG Verkehrs- und Sozialanalysen. URL: [www.factum.at](http://www.factum.at) (abgerufen am 25.03.2013). *Kurzinfo: Thema der Studie ist die Lebensqualität und Mobilität Jugendlicher im Alter von 14-19 Jahren. Die Studie umfasst eine umfassende Literaturstudie, Fokusgruppeninterviews mit Jugendlichen (4 Fo-*

*kusgruppen, insgesamt 24 TeilnehmerInnen) und eine österreichweite Online-Befragung (n=800).*

Großegger, Beate (2007): Defizite im Freizeitbereich: Wie zufrieden sind österreichische Jugendliche mit ihrer Freizeitsituation? Sonderauswertung aus elf/18 – die Jugendstudie 2007. *Kurzinfo: In persönlichen Interviews wurden 880 Jugendliche zwischen elf und 18 Jahren befragt.*

Großegger, Beate (2008): Jugendliche und ihr Verhältnis zur Politik – Rahmenbedingungen für innovative politische Bildung und Beteiligungsförderung aus Sicht der Jugendforschung. In: Demokratiezentrum Wien (2008): Abschlussbericht der ExpertInnengruppe 5 „Innovative Demokratie“. URL: [http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/innovative\\_demokratie\\_bericht.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/innovative_demokratie_bericht.pdf) (abgerufen am 19.03.2013). *Kurzinfo: Sekundärdatenanalyse einer Reihe eigener aber auch fremder Studien (z.B. die GfK-Studie „Jugend und Politik“ aus 2007).*

Großegger, Beate (2011a): Familie, Freunde/innen, Szene: Beziehungskulturen im jugendlichen Alltag. In: BMWFJ (Hrsg.): 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. S.199-227. *Kurzinfo: Sekundärdatenanalyse eigener (tfactory und Institut für Jugendkulturforschung) und anderer Forschungsergebnisse und soziologischer Befunde und Thesen.*

Großegger, Beate (2011b): Passive DemokratInnen – Aktuelle Befunde zu Politikverständnis und Engagementbereitschaft Jugendlicher in den 10er Jahren. URL: [http://jugendkultur.at/wp-content/uploads/passive\\_demokratInnen.pdf](http://jugendkultur.at/wp-content/uploads/passive_demokratInnen.pdf) *Kurzinfo: Sekundärdatenanalyse der Studie „Was erwarten 14- bis 19-jährige Jugendliche von Politik? – qualitative Exploration“, für die 34 Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren befragt wurden (bundesweit Online-Interviews sowie Diskussionen in Wien und Niederösterreich). Die Befunde werden durch quantitative Studien (eigene und fremde, etwa die Shell Jugendstudie 2012, 12- bis 25-Jährige in Deutschland) ergänzt.*

Grossmann, Elisabeth (2011): Steiermark der Regionen. In: Land Steiermark, Fachabteilung 6A – Landesjugendreferat (Hrsg.) (2011): jugendarbeit: vor ort – Versuch einer interdisziplinären Auseinandersetzung. S. 59-63. URL: [http://www.dv-jugend.at/fileadmin/user\\_upload/Pdfs/jugendarbeit\\_vor\\_ort\\_wertstatt10.pdf](http://www.dv-jugend.at/fileadmin/user_upload/Pdfs/jugendarbeit_vor_ort_wertstatt10.pdf) (abgerufen am 20.03.2013).

Häfele, Eva (2011): Kultur in der Jugendarbeit. In: 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich, Wien. S 469-476.

Hartwig, Christiana (2009): Bezirksjugendstudien Pongau, Pinzgau, Lungau, Flachgau und im Tennengau. URL: <http://www.akzente.net/Bezirksjugendstudien.2813.0.html> (abgerufen am

31.01.2013). *Kurzinfo: Befragt wurden je 200 Jugendliche pro Bezirk, d.h. insgesamt 1000 Jugendliche ab 13 Jahren. Befragt wurde schriftlich in ausgewählten Schulklassen (auch in Berufsschulen).*

Heinzlmaier, Bernhard (2011): Jugendliche Freizeitkulturen in der Risikogesellschaft. In: BMWFJ (Hrsg.): 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. S.229-254.

Institut Brunmayr (2009): Jugendstudie Wolkersdorf. URL:

[http://www.wolkersdorf.at/include/pages/download.php/subsection=Leben - Jugend - Jugendstudie/m=CContent/i=466/f=filename/t=/Jugendstudie.pdf](http://www.wolkersdorf.at/include/pages/download.php/subsection=Leben_-_Jugend_-_Jugendstudie/m=CContent/i=466/f=filename/t=/Jugendstudie.pdf)

(abgerufen am 31.01.2013). *Kurzinfo: Befragt wurden 361 Jugendliche aus Wolkersdorf bzw. Jugendliche, die in Wolkersdorf ihre Freizeit verbringen, zwischen 14 und 19 Jahren; keine Angabe zur Erhebungsmethode.*

Institut Brunmayr (2012a): NÖ Jugendstudie 2012 – Teil 1. URL:

<http://www.jugend-ok.at/wp-content/uploads/Jugendstudie-20122.doc> (abgerufen am 30.01.2013). *Kurzinfo: Die NÖ Jugendstudie untersucht seit den späten 70er Jahren in 3-jährigem Rhythmus die Meinungslage, Stimmungen, Wünsche und Befindlichkeiten der jungen Menschen in Niederösterreich. Für die Studie im Jahr 2012 wurden 2.291 niederösterreichische 15- bis 19-jährige SchülerInnen befragt; keine Angabe zur Erhebungsmethode.*

Institut Brunmayr (2012b): NÖ Jugendstudie 2012 – Teil 2. URL:

<http://www.jugend-ok.at/wp-content/uploads/Jugendstudie2012Teil21.doc> (abgerufen am 30.01.2013). *Kurzinfo: Die NÖ Jugendstudie untersucht seit den späten 70er Jahren in 3-jährigem Rhythmus die Meinungslage, Stimmungen, Wünsche und Befindlichkeiten der jungen Menschen in Niederösterreich. Für die Studie im Jahr 2012 wurden 2.291 niederösterreichische 15- bis 19-jährige SchülerInnen befragt; keine Angabe zur Erhebungsmethode.*

Jugend für Europa (Hrsg.) (2012): Documentation of the Opening Seminar of the European Peer Learning on Youth Policy Designing Youth Policy in Europe – What is the role of the regions & municipalities? Bonn.

Jugendreferat niederösterreichische Landesregierung (2009): NÖ Jugendstudie 2009. URL: [http://www.boja.at/index.php/themen-der-offenen-jugendarbeit/jung-sein-allgemein/146-jugendstudie-niederosterreich-2009-.html#.UP1To\\_Jtwro](http://www.boja.at/index.php/themen-der-offenen-jugendarbeit/jung-sein-allgemein/146-jugendstudie-niederosterreich-2009-.html#.UP1To_Jtwro) (abgerufen am 30.01.2013). *Kurzinfo: Die NÖ Jugendstudie untersucht seit den späten 70er Jahren in 3-jährigem Rhythmus die Meinungslage, Stimmungen, Wünsche und Befindlichkeiten der jungen Menschen in Niederösterreich. Für die Studie im Jahr 2009 wurden 2.195 Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren und (erstmalig) auch von 13 bis 15 Jahren befragt; keine Angabe zur Erhebungsmethode.*

Karlhofer, Ferdinand / Bachler, Marlene / Schwerzler, Anna (2006): Partizipation von Jugendlichen in Tiroler Gemeinden. URL: <http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/kinder-und-jugendliche/jugendreferat/downloads/partizipationsstudie2006.pdf> (abgerufen am 18.02.2013). *Kurzinfo: Die Studie basiert auf einer schriftlichen Befragung der Bürgermeister bzw. Jugendreferenten von 195 Gemeinden sowie auf qualitativen Interviews in 19 Gemeinden mit politischen Funktionsträgern und/oder mit Jugendarbeit befassten Personen.*

Land Steiermark (2012): Strategische Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit 2020. URL: <http://www.jugendreferat.steiermark.at/cms/beitrag/11639213/598018/> (abgerufen am 07.03.2013).

Pilz, Cosima / Holzer, Veronika (2009) JUGEND-STIL in die Verkehrsplanung. Eine qualitative Studie über Verkehrsplanung, Umweltbildung und Jugendarbeit sowie Jugendbeteiligung im Bereich „Verkehr & Mobilität“, herausgegeben vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien.

Reichmann, Alexander / Zandonella, Martina (2009): Land Kärnten Jugendstudie, im Auftrag der Kärntner Landesregierung, unveröffentlichter Projektbericht, Wien. *Kurzinfo: Telefonische SORA-Umfrage unter 16- bis 25-Jährigen in Kärnten. Befragt wurden 1.000 Jugendliche.*

Rettensteiner, Günther / Körndl, Waltraud (2012): Steiermarkweite Jugendbefragung „Jugend aktuell“. URL: <http://www.jugendreferat.steiermark.at/cms/beitrag/11686402/598018/> (abgerufen am 31.01.2013). *Kurzinfo: Onlinebefragung mit 637 TeilnehmerInnen zwischen 9 und 29 Jahren.*

Retzl, Helmut (2004): Jugendstudie zum Thema „OÖ. Landes- und Kommunalpolitik im Bewusstsein junger Menschen“. Ergebnisbericht. URL: [http://www.institut-retzl.at/gemeinde/pdf/Jugendstudie\\_Kommunalpolitik.pdf](http://www.institut-retzl.at/gemeinde/pdf/Jugendstudie_Kommunalpolitik.pdf) (abgerufen am 06.03.2013). *Kurzinfo: 1067 Befragte zwischen 15 und 13 Jahren in Oberösterreich. Quotabefragung nach Alter, Geschlecht und Gemeindegröße; keine Angabe zur Erhebungsmethode.*

Schoibl, Heinz (2003): Evaluation der Offenen Jugendarbeit in Vorarlberg. URL: [http://www.helixaustria.com/uploads/media/Offene\\_Jugendarbeit\\_in\\_Vorarlberg\\_evaluation\\_01.pdf](http://www.helixaustria.com/uploads/media/Offene_Jugendarbeit_in_Vorarlberg_evaluation_01.pdf) (abgerufen am 06.03.2013).

- Schoibl, Heinz (2009a): Beteiligungs-Check. URL: <http://www.helixaustria.com/uploads/media/Beteiligungs-Check.pdf> (abgerufen am 18.02.2013).
- Schoibl, Heinz (2009b): Jugendrahmenplan Hard. URL: [http://www.helixaustria.com/uploads/media/Harder\\_Jugendwelten\\_-\\_Schlussbericht\\_der\\_Rahmenplanung.pdf](http://www.helixaustria.com/uploads/media/Harder_Jugendwelten_-_Schlussbericht_der_Rahmenplanung.pdf) (abgerufen am 18.02.2013).
- Schoibl, Heinz (2011): Mind the Gap! In: Land Steiermark, Fachabteilung 6A – Landesjugendreferat (Hrsg.) (2011): jugendarbeit: vor ort – Versuch einer interdisziplinären Auseinandersetzung. URL: [http://www.dv-jugend.at/fileadmin/user\\_upload/Pdfs/jugendarbeit\\_vor\\_ort\\_wertstatt10.pdf](http://www.dv-jugend.at/fileadmin/user_upload/Pdfs/jugendarbeit_vor_ort_wertstatt10.pdf) (abgerufen am 20.03.2013).
- Schoibl, Heinz (2012): Freiräume sind Lernräume für Selbstorganisation, kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe. URL: <http://www.boja.at/index.php/themen-der-offenen-jugendarbeit/interaktionen/94-freiraeume-sind-lernraeume.html#.UP-oHfJtwro> (abgerufen am 04.02.2013).
- Schoibl, Heinz (o.J.): Geschichte der Jugendarbeit – Skizze. URL: [http://www.helixaustria.com/uploads/media/Geschichte\\_der\\_Jugendarbeit.pdf](http://www.helixaustria.com/uploads/media/Geschichte_der_Jugendarbeit.pdf) (abgerufen am 04.02.2013).
- Stadtforschung Linz (2006): Jugendbefragung 2006. URL: [http://www.linz.at/zahlen/112\\_Befragungen/Jugendbefragung\\_2006.pdf](http://www.linz.at/zahlen/112_Befragungen/Jugendbefragung_2006.pdf) (abgerufen am 18.02.2013). *Kurzinfo: Online-Befragung unter 14- bis 18-jährigen LinzerInnen. Teilgenommen haben 2.658 Personen.*
- Verein Generationen und Gesellschaft (Hrsg.) (2010): Jugend in der Gemeinde. Ein Praktischer Leitfaden für die Gemeindepolitik, im Auftrag des Landes Tirol, Innsbruck.
- Verein Wr. Jugendzentren (Hg.) (2012) Wirkungskonzept, Wien. URL: <http://typo.jugendzentren.at/vjz/index.php?id=88> (abgerufen am 19.07.2013)
- Zandonella, Martina / Schönherr, Daniel / Larcher, Elke (2010): Jung sein in Mariahilf. Unveröffentlichte Studie im Auftrag der Bezirksvorstehung des 6. Wiener Gemeindebezirks, Wien. *Kurzinfo: Telefonische SORA-Umfrage unter 16- bis 29-Jährigen in Mariahilf. Befragt wurden 503 Jugendliche.*

### 7.3 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Jugendrelevante Politikfelder und Angebotsbereiche	10
Abbildung 2: Verfügbarkeit von konsumfreien Räumen für Jugendliche	28
Abbildung 3: Treffpunkte von Jugendlichen an freien Nachmittagen oder am Wochenende	29
Abbildung 4: Attraktivität der Kommune für Jugendliche hinsichtlich ...	30
Abbildung 5: Ausrichtung der Partizipation von Jugendlichen in der kommunalen Politik	31
Abbildung 6: Jugendtreffs und Vereinsleben in der Gemeinde	32
Abbildung 7: Partizipation in der kommunalen Politik	33

## **7.4 Ausgewählte Empfehlungen zu Grundsätzen von Jugendpolitik und Jugendarbeit, Handlungsleitfäden**

### **10 Thesen zur mobilen Jugendarbeit** (Akzente Salzburg Handbuch, o.J.: 43-44)

- Gemeinsam zum Erfolg (Spontaneität, Neugier und Kreativität der Jugendlichen und Konstanz der Erwachsenen)
- Aktive Erwachsene zu Beginn finden
- Klarheit schafft Verbindlichkeit
- Je konkreter umso besser
- Jugendliche sind wichtige GemeindegängerInnen
- Jugendliche wertschätzen
- Klarer politischer Auftrag
- Jugendliche verstehen
- Erfahren und Erleben erzeugt Motivation
- Gemeinsam Agieren statt gegenseitiges Reagieren

### **Jugendspezifische Hilfestrukturen** (BMWfJ 2011: 604)

- „Freiraum“ wird als Kontaktschiene für die selbstbestimmte Inanspruchnahme weitergehender Hilfen eingesetzt und genutzt
- Der Zugang muss anforderungsarm und niederschwellig sein
- Freiwilligkeit und Respekt werden geachtet – die Jugendlichen sind die Expert/innen ihrer Lebenswelt
- Orientierung an den Ressourcen und Stärken des einzelnen Jugendlichen
- Partizipation und Selbsthilfe werden ermöglicht
- Professionalität in Bearbeitung und Begleitung ist auch in der Jugendarbeit Prinzip
- Das Schnittstellenmanagement erfolgt von allen Partnern pro-aktiv und nicht reaktiv
- Kontinuität vermeidet bewusst Beziehungsabbrüche
- Prävention gilt als grundlegendes Arbeitsprinzip
- Der Abbau von Stigmatisierung ist Ziel der Begleitung und Angebote
- Die Hilfeangebote werden aufbauend gestaltet

- „Peers“ werden als stützender Rahmen durch gruppenbezogene Methoden (z.B. Peer Education und Peer Counselling) eingebunden
- Bereichsübergreifende Kooperationen im örtlichen / regionalen Jugendnetzwerk finden laufend statt (Prinzip kurze Wege, bereichsübergreifende Planung und Budgetierung, Sozialraumorientierung)
- Externe Professionist/innen werden in den Regelbetrieb und die Teamarbeit eingebunden

**Qualitätskriterien für Kinder- und Jugendbeteiligung bzw. -mitbestimmung (laut Arge Partizipation Österreich) (Akzente Salzburg Grundlagen, 2004: 11-12)**

- Freiwilligkeit
- Wertschätzung
- Kompetente Begleitung
- Eigenaktivität
- Gemeinsame Zielformulierung
- Überparteilichkeit
- Generationenübergreifender Dialog
- Transparenz und Überschaubarkeit
- Öffentlichkeitsarbeit
- Verbindlichkeit
- Dokumentation und Feedback

**Partizipationsangebote für Kinder- und Jugendliche zur (Neu-)Gestaltung öffentlicher Räume (Schoibl 2012: 4-6)**

- „Beteiligung braucht Ressourcen, „Narrenfreiheit“ und Mut zum Scheitern“
- Unmittelbarer Nutzen für die Kinder und Jugendlichen muss vorhanden sein
- Man muss immer wieder von neuem beginnen und mit den nachkommenden Altersgruppen „ihre“ Räume gestalten
- „Freiraum-Management ermöglicht Vielfalt, setzt jedoch Flexibilität und Bereitschaft aller Beteiligten voraus, auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen NutzerInnengruppen einzugehen“, weil die Anforderungen sich laufend verändern



- Freiraum-Management ist praktisches Diversity-Management: Geschlechtsspezifische, altersspezifische und andere Diskriminierungen von weniger durchsetzungsfähigen Gruppen soll dadurch verhindert werden, dass zielgruppenspezifische Unterschiede und Bedarfslagen in den öffentlichen Diskurs über die Gestaltung und Nutzung von (Frei-)räumen einfließen
- Freiraum-Management kann Konflikte und Konkurrenz zwischen den Generationen vermeiden helfen

### **Voraussetzungen für die Umsetzung von Jugendbeteiligung (abseits von gesetzlichen Vorgaben)** (Schoibl 2003: 202)

- „**Wissen** über die Fähigkeit von Kindern und Jugendlichen, sich „vernünftig“ mit ihren Lebensverhältnissen auseinander zu setzen; damit zusammenhängend
- **Vertrauen** in die Fähigkeit von Kindern und Jugendlichen, die für sie richtige Entscheidung zu treffen
- die **Bereitschaft**, Kindern und Jugendlichen Entscheidungsspielräume einzuräumen und damit auf Entscheidungsgewalt, Macht und Autorität zu verzichten
- **Aufmerksamkeit** für die (manchmal) eher leisen und vorsichtigen Töne
- **Offenheit** für jugendgerechte Formen und Methoden der gemeinsamen Auseinandersetzung
- **Mut**, sich auf offene Prozesse einzulassen, in denen auch Kinder und Jugendliche die Möglichkeit erhalten, ihre Wünsche und Bedürfnisse zu artikulieren bzw. ihre Interessen zu vertreten; das bedeutet z.B. auch, sich an jene Orte zu begeben, an denen sich die Jugendlichen aufhalten bzw. wo die Jugendlichen „Heimvorteil“ haben
- **Toleranz**, auf Meinungen und Einschätzungen zu hören, die von den eigenen Überzeugungen möglicherweise abweichen bzw. überhaupt im Widerspruch dazu stehen
- **Ehrlichkeit und Unvoreingenommenheit**, eine sorgfältige Prüfung der Umsetzbarkeit dieser Ideen und Wünsche vorzunehmen – nach Möglichkeit wieder gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen und ohne diese unter Verweis auf „objektive“ Sachzwänge zu bevormunden
- **Transparenz** in den Entscheidungen darüber, inwieweit Kinder und Jugendliche in konkrete Planungen / Maßnahmen etc. einbezogen, respektive ihre Meinungen, Ideen und Vorschläge in deren Umsetzung berücksichtigt werden

- **Ernsthaftigkeit** in der Bewertung und Behandlung der Ergebnisse solcher Bedarfsanmeldungen bzw. Äußerungen von Wünschen und Bedürfnissen, Entscheidungen von Kindern und Jugendlichen über die Ausgestaltung ihrer konkreten Lebenswelt etc. dann auch tatsächlich ernst zu nehmen und in den konkreten Umsetzungsmaßnahmen zu berücksichtigen
- **Verbindlichkeit** gegenüber den Beiträgen der Kinder und Jugendlichen – und zwar bereits zu Beginn des gemeinsamen Prozesses; Jugendbeteiligung darf nicht zum Alibi der Gemeindeobligiertheit werden, sondern bedarf der Bereitschaft, sich dann auch verbindlich mit den Vorschlägen der jungen GemeindebürgerInnen auseinander zu setzen – auch wenn dann manche Vorschläge nicht im Rahmen der Gemeindekompetenzen behandelt oder eingelöst werden können“

#### **Anregungen für die Jugendpolitik im Bereich Kultur** (Häfele 2011: 474-475)

- Kooperation zwischen „klassischen Kultureinrichtungen“ und Einrichtungen der verbandlichen und offenen Jugendarbeit verstärken, um den Zugang zu neuen Zielgruppen zu gewinnen (Audience Development). Das bedarf allerdings zusätzlicher finanzieller und personeller Ressourcen der Jugendarbeit und der anbietenden Institutionen
- Bessere Vernetzung der in der Jugendarbeit tätigen Organisationen und der Kulturanbieter bzw. Kulturveranstalter, damit gemeinsam Angebote für Jugendliche entwickelt werden und Wege zu deren Vermittlung gefunden werden können
- Maßnahmen, um die interkulturelle Kompetenz der zahlreichen Freizeit-, bildungs- und Kulturorte – von Museen über Verbände bis zu Jugendzentren – zu stärken. Auf diese Weise kann vor allem der kulturelle Horizont migrantischstämmiger Jugendlicher erweitert werden
- Ausbau der Kulturarbeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund, vor allem auch in den traditionellen kulturellen Bereichen, wie Theater, Literatur und bildende Kunst. Das kann auch durch vermehrte Zusammenarbeit mit migrantischen (Kultur-)Vereinen geschehen, die sich für Jugendliche engagieren
- Kulturpädagogische Basisbildung für Jugendarbeiter/innen bzw. für (ehrenamtliche) Mitarbeiter/innen in der verbandlichen Jugendarbeit. Dadurch würde ein Basiswissen geschaffen, das auch in weiteren Bereichen sinnvoll einsetzbar wäre. Es geht hier um Methoden der Programmentwicklung und der Programmumsetzung in neuen sozialen Handlungsfeldern

- Formelle Bestätigung der kulturellen Kompetenz von Jugendlichen. Dies kann nach dem Vorbild des „Arts Award“ (vergeben von Arts Council England und dem Trinity Guildhall College) oder des „Kompetenznachweises Kultru“ (koordiniert von der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung in Deutschland) geschehen. Dadurch können die kulturellen Kompetenzen Jugendlicher erfasst und durch eine Art Ausweis nachgewiesen werden. Das fungiert als Kompetenznachweis wie schulische oder berufliche Zeugnisse

## 7.5 Interviewleitfaden

Leitfaden für Interviews mit ExpertInnen aus Kinder- und Jugendpolitik sowie Kinder- und Jugendarbeit für den Österreichischen Städtebund

### Ziel der Interviews

In Ergänzung der Literaturrecherche interviewt SORA fünf bis zehn AkteurInnen der Kinder- und Jugendpolitik sowie der Kinder- und Jugendarbeit: ExpertInnen aus Politik und Verwaltung, aus Forschung, Bildung und Erziehung, Freizeit und Sozialarbeit.

Diese werden zu ihren Erfahrungen mit kommunaler Kinder- und Jugendpolitik für die Zielgruppe der etwa 12- bis 18-Jährigen Kinder und Jugendlichen in Österreich befragt.

Der Österreichische Städtebund sucht nach Erfahrungen und guten Beispielen, von denen gelernt werden kann, die Vorbildcharakter haben für andere österr. Städte/Kommunen – gerne auch, wie „man“ es nicht macht/machen sollte

### Inhalte der Interviews

Je nach Arbeitsschwerpunkt der InterviewpartnerInnen liegt der Fokus auf Kinder- und Jugendpolitik, Kinder- und Jugendarbeit.

Aus den nachfolgend angeführten relevanten Fragestellungen werden also die passenden ausgewählt und auf den/die InterviewpartnerIn abgestimmt.

**Relevante Fragestellungen** (Anm. die untergeordneten Punktationen enthalten Stichworte für weitere, vertiefende Fragen):

Erwartungen von Kindern und Jugendlichen an die Kommunen

- was wollen/brauchen sie

Zielsetzungen und Möglichkeiten der Kommunen in der Jugendpolitik

- was wollen und was können die Kommunen
- Erwartungen an Kinder und Jugendliche von Seiten der Städte/Gemeinden (z.B. Partizipation, Engagement). Bedürfnisse der Bevölkerung insgesamt, von weiteren, involvierten AkteurInnen (z.B. Schule)

Thematische Schwerpunkte der derzeitigen Kinder- und Jugendarbeit

- z.B. Freizeit, Schule/Ausbildung, Berufseinstieg usw.
- Gibt es Veränderungen/Trends in thematischen Schwerpunkten
- Welche Schwerpunkte sollten ausgebaut werden
- Differenzierungen hinsichtlich der Zielgruppe, Hinsichtlich der involvierten AkteurInnen

#### Organisatorische Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendarbeit

- Ressourcen
- Verankerung in der Kommune / in der Gebietskörperschaft

#### Umsetzung von Maßnahmen/Projekten

- wer ist verantwortlich, Kompetenz der Ausführenden
- folgt die Umsetzung bestimmten Zielsetzungen (qualitativ, zeitlich usw.) werden diese „evaluiert“
- wo tauchen häufig Probleme auf
- Partizipation von Kindern und Jugendlichen
- welche beispielhafte Initiativen gibt es

#### Nachhaltigkeit, Weiterentwicklung, Vernetzung

*falls InterviewpartnerInnen von Initiativen berichten, nachfragen ob Vorbildcharakter und für wen*

Abschluss: was möchten Sie uns mitgeben für den Österreichischen Städtebund?